Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Juni-hälfte 4000.— Mk. Einzelverkaufspr. 300 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 800.— Mark, auswärtige 1000.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 600 Mk., für Reklamen 3200.— Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 142. Donnerstag, 21. Juni 1923. 30. Jahrgang.

Auf dem Wege zur Verständigung?

Mehr Aufrichtigkeit!

SPD. Berlin, 20. Juni.

Die Verständigung der Völker zu erstreben, war von jeher ein Grundsatz der Sozialdemokratie, den sie immer und immer wieder selbst nach den uns zugefügten endlosen Demütigungen der Entente vertreten hat. Auch heute noch sind wir zu einer derartigen Politik bereit, da eine Sicherung des Friedens nur über den Weg der Verständigung möglich ist. Deshalb auch unsere fortgesetzten Versuche, über die Möglichkeiten der Verständigung offen und aufrichtig, insbesondere in der französischen Presse eine Diskussion hervorzurufen, die jetzt durch Gegenerklärungen des „Temps" auf unseren Artikel „Deutsch-französische Verständigung" in die Wege geleitet scheint.

Die betreffende Gegenäußerung des offiziösen Pariser Blattes ist zwar unbestimmt und läßt an Klarheit vieles zu wünschen übrig, aber sie bietet für denjenigen, der eine ehrenvolle Verständigung herbeisehnt, trotzdem eine Basis zur Fortsetzung der Diskussion über diesen Punkt. Sagt doch z. B. plötzlich selbst der „Temps" zu unserer großen Verwunderung, daß die Frage „Kapitulieren oder nicht" falsch sei, weil von einem Deutschland, dessen Zusammenbruch endgültig ist, keine Goldmark und keine Reparationen zu erhalten sind, während der Zweck der französischen Politik darauf hinauslaufe, in den Besitz von Kohlen und Reparationen zu gelangen. Seit dem 11. Januar ist eine derartige Ansicht weder von einem französischen Staatsmann, noch von einem maßgebenden Blatt zum Ausdruck gebracht worden, obwohl sie zweifellos die Voraussetzung für jede Verständigung bildet. Reparationen sind nur zu erreichen, wenn auf eine Politik verzichtet wird, die zu einem endgültigen Zusammenbruch Deutschlands führt. Da nach dem „Temps" die französische Politik ernsthaft den Zweck haben soll, Reparationen zu erhalten, muß Frankreich zunächst auf die Politik der Gewalt verzichten. Die Frage bleibt also vorläufig, ob die Feststellungen des offiziösen Pariser Organs von der Aufrichtigkeit getragen sind, die es selbst von der deutschen Politik verlangt. Leider hat Frankreichs Aufrichtigkeit bisher vieles zu wünschen übrig gelassen. Wo bleibt die Verwirklichung der unzähligen Versprechungen während der Kriegszeit? Das konstitutionelle System wurde im November 1918 in Deutschland erledigt, nichts aber war von einem Frieden zu verspüren, sondern die Politik des Krieges wurde mit anderen Mitteln fortgesetzt. Und als im November 1922 die bürgerlichen Parteien den Anstoß zu einer „diskontfähigen Regierung" in Deutschland gaben, weil auch ihnen wieder versprochen worden war, daß dann die französische Politik in Art und Ziel eine Aenderung erfahren werde, hat sich ebenfalls nichts geändert.

Auch in anderer Hinsicht wurden dem deutschen Volke endlose Enttäuschungen zuteil. Der „Temps" verwirft selbst eine Frage der Kapitulation und bezeichnet als das wahre Problem der Gegenwart die Ordnung der deutschen Geldverhältnisse. **Was aber hat Frankreich getan, um eine derartige Möglichkeit zu schaffen?** Fortgesetzt sind der deutschen Regierung sowohl in inner- wie in außenpolitischer Beziehung Schwierigkeiten gemacht worden. Jede Möglichkeit zur Stabilisierung der Mark wurde von Frankreich, sei es bewußt oder unbewußt, hintertrieben. Darüber herrscht doch sicherlich auch in maßgebenden französischen Kreisen keine Meinungsverschiedenheit mehr, daß der Sturz der Mark, wie überhaupt die Zerrüttung der deutschen Finanzwirtschaft, bisher der einzige Erfolg der französischen Reparationspolitik ist. Als im November v. J. die Sozialdemokratie als Regierungspartei eine umfangreiche Stützungsaktion der Mark forderte, wurde von Paris der Anlaß zum Sturz der Regierung Wirth geboten. Damit hat die französische Regierung selbst den Einfluß der Deutschnationalen gestärkt, der ihr jetzt so unwillkommen scheint. Und wie hat sich die französische Regierung zu dem letzten Marksturz verhalten? Im besetzten Gebiete wurden fortgesetzt Milliarden beschlagnahmt, die nach bestimmten und zuverlässigen Nachrichten zu Spekulationszwecken auf den ausländischen Börsen benutzt wurden. Solange diese Zustände nicht aufhören, sehen wir keine Möglichkeit, die zu einer Besserung der Geldverhältnisse führt und damit Sachleistungen und finanzielle Reparationen in dem Rahmen ermöglicht, wie Frankreich sie wünscht.

Auch ein Sturz der Regierung, wie er dem „Temps" erwünscht ist, kann an dieser Tatsache nichts ändern, und ebenso unpraktisch wie ein derartiger Vorschlag ist der Hinweis, die Erörterung der Frage der Kapitulation in Deutschland zu unterlassen. Mit Verlaub! Den Gedanken einer Kapitulation zu erörtern, blieb bisher nur der französischen Presse überlassen. Lediglich die Frage des passiven Widerstandes hat bisher in Deutschland Erörterung gefunden, weil die französische Presse, insbesondere aber der „Temps", als Voraussetzung für Verhandlungen immer wieder den Verzicht auf den passiven Widerstand forderten. Und wir müssen deshalb wieder einen Mangel an Aufrichtigkeit feststellen, wenn das genannte Pariser Blatt jetzt erklärt, daß Frankreich diese Frage jetzt als Ausgangspunkt für Verhandlungen betrachtet und glaubt, mit dieser Redewendung unsere klaren Formulierungen über einen Waffenstillstand auf Gegenseitigkeit übergehen zu können. Auch wenn die französische Politik diese Angelegenheit als Ausgangspunkt betrachtet, bleibt doch die Notwendigkeit der Erörterung und der Lösung der Frage des passiven Widerstandes bestehen.

Ist Frankreich, wie der „Temps" behauptet, tatsächlich davon durchdrungen, daß eine Kapitulation Deutschlands nicht in seinem Interesse liegt, dann könnte ihm doch nichts angenehmer sein, als in eine sachliche und aufrichtige Erörterung eines Waffenstillstandes auf Gegenseitigkeit einzutreten. Der „Temps" als maßgebendes Organ der französischen Oeffentlichkeit könnte sich insofern ein Verdienst um den Frieden in Europa erwerben, wenn er auf unsere Formulierungen über den Waffenstillstand klipp und klar antwortet und damit in der Tat den Beweis liefert, daß Frankreich die Verständigung will. Eine Verständigung kann nicht über den Weg eines Diktats erfolgen, sondern ergibt sich nur durch Abmachungen auf Gegenseitigkeit, die erträglich sind und dann auch innegehalten werden. Soweit die Frage des passiven Widerstandes in Betracht kommt, haben wir die Möglichkeit der Lösung in klaren Formulierungen gehalten, die sowohl der einen wie der anderen Seite Zugeständnisse bringt und damit im wahren Sinne des Wortes auf eine Verständigung hinauslaufen.

Baldwins Bemühungen.

London, 20. Juni.

Dem Parlamentsberichterstatter des „Daily Expreß zufolge gab Premierminister Baldwin gegenüber Vertretern der Arbeiterpartei und des Bergarbeiterverbandes, die ihn gestern unter Führung Ramsay Macdonalds aufsuchten, um mit ihm die Frage der Kohlenindustrie zu erörtern, folgende Erklärung ab: „Von grundlegender Wichtigkeit ist augenblicklich in Europa, daß eine Regelung der Ruhrfrage erfolgt. Soweit ein Mensch irgend etwas tun kann, wende ich meine äußersten Anstrengungen an, um sie zustande zu bringen. Die Lage im Ruhrgebiet berührt die industrielle Lage Englands nachteilig, und je eher sie geregelt wird, desto besser ist es." Laut „Times", die ebensowenig wie die übrigen Blätter die obige Meldung des „Daily Expreß" enthält, wurde über die Zusammenkunft die größte Verschwiegenheit gewahrt. Die Abordnung sei ersucht worden, keinerlei Berichte über die Unterredung zu geben.

Frankreichs Gründe zur Einkehr.

Geht Belgien eigene Wege?

London, 20. Juni.

Eine lange „Times"-Meldung aus Paris zählt die Gründe auf, warum die Aussichten auf einen Erfolg des Baldwinschen Versuches besser geworden sind. Sie nennt zuerst den Fall des Franken. Die besten Sachverständigen hätten geglaubt, es würde möglich sein, den Franken bis Mitte Juli künstlich zu halten, und nun scheine der schwierige Moment früher zu kommen, als man gehofft habe. Zweitens wisse die französische Regierung nun, daß sie, was auch der Ausgang der Krise in Brüssel sein möge,

nicht länger auf die vorbehaltlose Unterstützung der belgischen Regierung rechnen könne.

Die Ruhrpolitik habe eine Entwicklung genommen, die Belgien im Januar nie ins Auge gefaßt habe, und es sei nach Ansicht der belgischen Staatsmänner wesentlich, daß irgendein Resultat aufgezeigt werden könne. Diese Ansicht könne Paris nicht ignorieren, und vor nichts fürchte es sich mehr, als vor der Gefahr einer belgischen Sezession. Ein dritter Faktor sei die wachsende Ueberzeugung, daß ein neuer Bruch mit England diesmal unheilbar wäre, wovor man doch zurückschrecke. Wenn diese Analyse der französischen Stimmung richtig ist, muß darin ein großer Ansporn für Baldwin liegen, festzubleiben in dem, was ihm für eine vernünftige und billige Lösung der Reparationsfrage nötig erscheint. Der Timesvertreter weist darauf hin, daß Poincare sich dadurch immer eine Rückzugslinie offengehalten habe, daß er sich wohl gehütet habe, den Charakter der Ruhrbesetzung irgendwie näher zu definieren, von der er immer wieder sage, sie könne nicht aufgegeben werden, solange Deutschland nicht bezahlt habe. Was Poincare angeht, kann „französische Kontrolle der Ruhr" alles bedeuten: von der Haltung großer Armeen im Ruhrgebiet bis zu einer bloß nominellen Zusammenkunft einiger Herren in einem Zimmer in Essen, um eine Oberaufsicht über die Reparationslieferungen an die Alliierten auszuüben.

Die belgische Ministerkrise.

TU. Brüssel, 21. Juni.

Die Lage ist unverändert. Es ist Theunis auch gestern nicht gelungen, seine Bemühungen um die Kabinettsbildung zu einem auch nur teilweisen Erfolg zu gestalten.

Dollar 125000.

Der Druck auf das Ruhrgebiet.

SPD. Elberfeld, 20. Juni. (Eig. Drahtber.)

Die Lage im Ruhrgebiet läßt viel zu wünschen übrig. Nach wie vor liegt der Verkehr auf den Hauptstrecken brach, sodaß die Beförderung der Lebensmittel durch Autokolonnen und Fuhrwerke erfolgen muß. Vereinzelt haben die Franzosen die Bahnhöfe wieder freigegeben, aber sie in einem solchen Zustande hinterlassen, der eine Benutzung ausschließt. Im übrigen sind die Eisenbahnschienen aufgerissen, sodaß ein Verkehr nicht möglich ist. — In Hörde sind am Mittwoch von den 5 Hochöfen der Phönixwerke drei stillgelegt worden, sodaß nur noch zwei in Betrieb sind.

In Gelsenkirchen haben sich die Verhältnisse erneut zugespitzt. Bekanntlich sollte hier in diesen Tagen die sogenannte rot-weiße Sicherheitswehr durch eine blaue Polizei ersetzt werden. Die Sicherheitswehr, die sich zum größten Teil aus Kommunisten und Unionisten zusammensetzt, weigert sich jedoch, ihren Dienst zu quittieren, sodaß die Stadtverwaltung sich gezwungen sehen wird, die Entlohnung der Wehrmitglieder einzustellen.

Zum passiven Widerstand.

SPD. Elberfeld, 19. Juni. (Eig. Drahtber.)

Augenblicklich beraten maßgebende Persönlichkeiten von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite aus dem Ruhrbezirk über ein Gutachten, das der Reichsregierung in der Frage des passiven Widerstandes überreicht werden soll. Dieses Gutachten umfaßt:

1. Aufgabe der Regie,
2. Rückkehr der Ausgewiesenen,
3. Entlassung der Eingekerkerten,
4. Verzicht auf alle Zwangsmaßnahmen,
5. Beseitigung der Absperrungs- und Kontrollmaßnahmen,
6. Wiederherstellung des Telephon- und Telegraphenverkehrs,
7. Entschädigungen für Verletzungen und Tötungen durch das französische Militär,
8. Entschädigung für weggenommene Privatproduktionen.

Das Gutachten soll am Mittwoch der Reichsregierung übermittelt werden.

Die neuen Steuerabzüge.

SPD. Auf Antrag der Sozialdemokratie wurde im Steuerausschuß des Reichstages gegen die Stimmen der bürgerlichen Vertreter mit Ausnahme eines Zentrumsvertreters folgende Erhöhung der Abzüge von der Lohnsteuer beschlossen:

1. für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau monatlich je	6 000	Mk.
wöchentlich je	1 440	„
täglich je	240	„
2. für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind monatlich je	40 000	„
wöchentlich je	9 600	„
täglich je	1 600	„
3. für Werbekosten monatlich	50 000	„
wöchentlich	12 000	„
täglich	2 000	„

Das Verhalten der bürgerlichen Parteien im Steuerausschuß ist insofern charakteristisch, als sie zur gleichen Zeit, wo der Versuch gemacht wird, die Steuerlast der Besitzenden zu vermindern, die infolge der Geldentwertung unbedingt notwendige Milderung für die Gehalts- und Lohnempfänger ablehnen. — Die Erhöhung der Abzüge tritt am 1. Juli in Kraft.

Die neuen Bezüge der Eisenbahner.

Im großen Saale der Brauerei Bötzow nahmen gestern abend die Mitglieder des Deutschen Eisenbahner-Verbandes Stellung zum Ergebnis der Verhandlung über die Erhöhung der Bezüge der Eisenbahner. Leider konnte der Saal die Massen, die erschienen waren, nicht fassen. Das Resultat wurde vom 2. Vorsitzenden des Verbandes, Bernhard, bekanntgegeben. Danach sind die Stundenlöhne ab 15. Juni folgende:

Lohngruppe	I	II	III	IV	V	VI	VII
Lohn	4800	4680	4560	4440	4368,—	4320	4272,—
Ortslohnzulage	1440	1404	1368	1332	1310,40	1296	1281,60
insgesamt	6240	6084	5928	5772	5678,40	5616	5553,60

Die Frauen (Lohngruppe VIII) erhalten 70 Proz. der Lohngruppe VII.

Der Frauenzuschlag sowie der Kinderzuschlag beträgt ab 15. Juni 300 Mk. stündlich.

Italien für Bulgarien.

TU. Rom, 21. Juni.

Der bulgarische Umsturz wird erst jetzt von den Blättern durch besondere Kommentare beurteilt. Uebereinstimmend kommt der Gedanke zum Ausdruck, es sei das hervorragendste Interesse Italiens, die Schwächung Bulgariens zu verhindern, da Bulgarien ein wesentliches Gleichgewicht gegen die übertriebenen panserbischen und pangriechischen Gelüste darstelle. Die Aeußerungen des südslawischen Ministers Dintschitsch, Italien habe die bulgarische Revolution finanziert, rufen empörte Kommentare hervor.

Alle gewesenen Minister Stambulinskis verhaftet.

TU. Sofia, 21. Juni.

Die früheren Minister des Kabinetts Stambulinskis, Durlakoff, Manoloff und Tomoff, wurden verhaftet. Damit sind nunmehr mit Ausnahme Obroffs, der nach Bukarest flüchten konnte, alle gewesenen Minister der Regierung Stambulinskis in Haft.

Reichstag.

372. Sitzung.

Dienstag, 20. Juni, nachmittags 2 Uhr.

Das Haus erledigt zunächst eine Reihe kleiner Vorlagen und nach kurzer Einzelberatung auch das Landessteuergesetz. Dann werden die Verhandlungen bis 5 Uhr nachmittags ausgesetzt. — Der Beginn der neuen Sitzung verzögert sich bis 6 Uhr, da die Verhandlungen über einen neuen Kompromißvorschlag zum Brotversorgungsgesetz, das auf der Tagesordnung der neuen Sitzung steht, sich außerordentlich langwierig gestalteten. — Nach den Beschlüssen des Ausschusses wird die Reichsregierung ermächtigt, zur Sicherstellung der Versorgung eine Getreidereserve bis zu einer Million Tonnen zu beschaffen. Die öffentliche Brotversorgung fällt mit dem 15. September d. J. fort. Die Reichsregierung kann sie aber bis zum 15. Oktober fortsetzen. Zur Erleichterung der Versorgung soll bis zum 1. August 1923 der sechsfache Betrag der Zwangsanleihe erhoben werden. In einer Entschließung wird die Regierung aufgefordert, wirksame Maßnahmen gegen die Verschiebung von Lebens- und Futtermitteln ins Ausland zu ergreifen. — Reichsernährungsminister Dr. Luther begründet die Vorlage. Er teilt zunächst mit, daß die Reichsregierung gegen den Markverfall neue Maßnahmen eingeleitet habe und daß dem Anlage- und Sparbedürfnis des Wirtschaftlers wie des kleinen Mannes möglichst die Wege geöffnet werden sollen. Der Reichsarbeitsminister halte eine schnellere und bessere Anpassung des Arbeitseinkommens an die Preisbewegung für notwendig. Ueber die zu ergreifenden Maßnahmen seien bereits Verhandlungen eingeleitet. Die Reichsregierung hoffe, schon in der nächsten Woche eine Methode der Lohnfestsetzung vorschlagen zu können, die den berechtigten Wünschen der Arbeitnehmer innerhalb der uns zu Gebote stehenden wirtschaftlichen Möglichkeiten Rechnung tragen soll. Das vorliegende Gesetz sei ein starker Beweis für den Lebenswillen des Volkes. Die Reichsregierung stelle sich auf den Boden der Ausschußbeschlüsse, obwohl sie sich nicht unerheblich von der Regierungsvorlage unterscheiden. Das Ausmaß der Unterstützung sei so gedacht, daß im Durchschnitt etwa zwei Fünftel der Verbilligung eintrete. Es bestehe Aussicht, daß mit den vom Ausschuß bewilligten Mitteln die soziale Aufgabe dieses Gesetzes erfüllt werden könne. Wenn allerdings die Zahl der Unterstützungsberechtigten anwachse, müßten weitere Mittel unter Belastung des Besitzes aufgebracht werden. Die Regierung wünsche, daß die Erwartungen, die an das Gesetz in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht geknüpft werden, sich erfüllen mögen. Inzwischen ist ein Kompromißantrag aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten eingegangen, wonach die Abgabe des Dreifachen der Zwangsanleihe je zur Hälfte [illegible] Roggen von [illegible] als 5 Pfund [illegible] sich die Teilgebühr in dem Verhältnis dieser Abweichung. Für den Fall, daß die Zahl der Unterstützungsberechtigten wächst, soll die Aufbringung der weiteren Mittel auch unter Belastung des Besitzes durch Gesetz geregelt werden. — Abg. Rentler (Soz.): Unsere Bedenken gegen das Gesetz sind zum Teil noch nicht ganz beseitigt, aber nach den Erklärungen des Ministers können auch wir uns damit einverstanden erklären. Es ist durchaus berechtigt, daß der Besitz die Kosten der Mehrheit zu tragen muß. Besonders begrüßen wir die Erklärung des Ministers, daß die Verbilligung zwei Fünftel betragen soll. Dem Zwangsanleihegesetz werden wir zustimmen. — Die [illegible] erklären sich unter Betonung ihrer [illegible] einverstanden. — Reichsernährungsminister Dr. Hermes erklärt, daß da, wo die Erhebung der Abgabe eine Härte darstellt, Erleichterungen eintreten können. — Zum Schluß der Sitzung wendete sich Genosse Hertz gegen die Kommunisten, die in einer Entschließung behauptet, ihre Anträge seien die weitgehendsten, aber von allen Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, abgelehnt worden. Hertz stellte fest, daß die Verhältnisse der Kommunisten sich in ihrer praktischen Auswirkung durchaus mit den Anträgen der Sozialdemokratie decken. — Die Gesetze wird nach den Ausschußbeschlüssen angenommen, worauf sich das Haus bis zum 2. Juli vertagt.

Vertrauenserklärung für Severing

Der Preußische Landtag lehnte am Mittwoch die Beratung des Staatshaushalts ab. Im Verlaufe der Debatte ließ die Deutsche Volkspartei folgende Erklärung abgeben:

„Nach Verlauf der Aussprache, insbesondere nach den Aufklärungen, die Sie gebracht hat, haben meine politischen Freunde und, wie ich hinzufügen darf, auch die anderen Koalitionsparteien auf dem Standpunkt, daß trotz mancher Kritik im einzelnen, die die Maßnahmen dieses oder jenes Ministers je nach dem Parteistandpunkt gefunden haben, die große Koalition, wie wir sie geschaffen haben, auch für die Zukunft die Grundlage der Regierung in Preußen bleiben muß. Die Koalitionsparteien stehen deshalb hinter dieser Regierung."

Ministerpräsident Genosse Braun deckte die Maßnahmen des preußischen Innenministers im Namen der Regierung und begrüßte die Erklärung der Deutschen Volkspartei. Den Besitz ermahnte der Ministerpräsident, im Namen der Toten des Weltkrieges das Seine zu tun, um das Reich vor dem Untergang zu retten. Es gäbe nur eins: entweder der Besitz opfere und erhalte damit das Reich oder aber der Besitz bleibe erhalten, und dann müsse das Reich zugrunde gehen.

Der Parteitag verschoben.

SPD. Am Mittwoch trat der Parteiausschuß zur Besprechung verschiedener Fragen in Berlin zusammen. Er beschloß auf Vorschlag des Parteivorstandes, den Parteitag nicht mehr in diesem Jahre abzuhalten, sondern ihn auf Anfang nächsten Jahres zu verschieben und als Auftakt für die im Juni stattfindenden Reichstagswahlen gelten zu lassen. Bis dahin dürfte voraussichtlich auch die Programmkommission ihre Arbeiten abgeschlossen haben, sodaß sich der Parteitag dann mit den neuen Statuten und dem neuen Programm der vereinigten Partei befassen kann. Außer der Besprechung einiger organisatorischer Fragen beschäftigte sich der Parteiausschuß am Nachmittag mit der politischen Lage. Hermann Müller hielt das einleitende Referat zur Außen- und Innenpolitik. Der Parteiausschuß stellte sich einmütig hinter die vom Parteivorstand und der Reichstagsfraktion eingenommenen Haltung zu den schwebenden politischen Fragen.

Wertbeständige Löhne?

Die neue Stützungsaktion.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund setzte am Mittwoch die Beratungen mit der Regierung über die Einführung der wertbeständigen Löhne fort. Am Freitag werden sämtliche Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zusammentreten, um den Versuch zur Ausarbeitung eines einheitlichen Vorschlages zu machen. Der Afabund hat bereits einen Vorschlag unter Beteiligung von Sachverständigen fertiggestellt, der am Donnerstag die Billigung des Bundesausschusses finden dürfte.

Auch die Beratungen über eine neue Stützungsaktion der Mark werden fortgesetzt. Die Forderungen der Sozialdemokratie zur Hemmung des Marksturzes an die Regierung haben ihren Eindruck nicht verfehlt. Schon hat sich das Kabinett veranlaßt gesehen, die Erhöhung eines Notzuschlages auf die Ausfuhrabgabe und eine Kürzung der Freilisten anzukündigen. Im wesentlichen handelt es sich bei den übrigen Beratungen darum, ob und wie es möglich ist, eine Einschränkung des Devisenverkehrs vorzunehmen. Die Neuauflage einer Dollaranleihe ist vorläufig nicht beabsichtigt. Die speziellen Beratungen über diesen Punkt haben den Zweck, Versäumtes nachzuholen. Bekanntlich verpflichteten sich die Banken vor der Auflegung der Dollaranleihe 50 Millionen Goldmark zu garantieren, die jedoch bisher nur zu einem ganz geringen Teile eingezahlt sind. Die Regierung versucht deshalb jetzt, den restlichen Betrag von 45 Millionen Goldmark sofort zu erhalten.

Die Kreditverschleuderung des Reiches.

Otto Wolff, der größte Konkurrent Stinnes', scheint in der Abgabe von Scheindementis sich zum Nachbeter von Stinnes zu entwickeln. Wie die Firma Stinnes entgegen der Wahrheit im April bestritt, daß sie außerhalb der Börse 100 000 Pfund Sterl. zu kaufen versucht hat, so bestreitet jetzt die Firma Otto Wolff, daß sie Mißbrauch mit einem Kredit des Reiches getrieben habe. Sie stellt fest, daß „weder sie noch ihre Teilhaber aus der Ruhrhilfe oder irgend einer ähnlichen Organisation irgendwelche Kredite beantragt noch erhalten haben".

Dieses Dementi widerspricht in jeder Beziehung der Wahrheit. Im Untersuchungsausschuß des Reichstages hat der Vertreter der Reichsregierung mitgeteilt, daß drei Firmen, die dem Konzern Otto Wolff angehören, aus der Gewerblichen Hilfskasse Kredite im Betrage von vier Milliarden Mark zur Lohnzahlung empfangen haben, die zum Teil für andere Zwecke Verwendung fanden. Angesichts dieses wahrheitswidrigen Dementis der Firma Otto Wolff aber erscheint es uns notwendig, daß die Regierung sich nun öffentlich zu einer Auskunft bereit erklärt, falls sie nicht den Vorwurf auf sich laden will, daß sie mitschuldig ist an der von den drei Firmen des Wolff-Konzerns verübten Schädigung von Kreditinstitutionen des Reiches.

Abschluß des Münchener Prozesses.

SPD. München, 20. Juni. (Eig. Drahtber.)

Der letzte und 14. Verhandlungstag im Fuchs-Prozeß brachte noch die Verteidigungsreden für die Angeklagten Munk, Berger und Gutermann. Munk wird von seinem Rechtsanwalt als ein Mann von durchaus nationaler Gesinnung geschildert, der nicht gewußt habe von den tatsächlichen Plänen des Fuchs und Machhaus und ihren französischen Beziehungen. Er sei lediglich als ein Opfer seiner Freundschaft mit Dr. Kühles zu bezeichnen. Die vom Staatsanwalt beantragte Strafe sei als exorbitant und ungerecht zu bezeichnen. Aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen müsse er Freisprechung beantragen. — Der Verteidiger Berger gibt ein Bild der politischen Hochspannung im Januar und Februar, aus der heraus Berger beurteilt werden müsse. Eine Putschabsicht hätte bei seinem Mandanten nicht bestanden. — Der Verteidiger des Gutermann, der sattsam bekannte Justizrat Kohn, hält eine recht radikale politische Rede und wagt, den Separatisten und phantastischen Preußenfresser Dr. Kühles als einen durchaus vaterländisch gesinnten Mann zu bezeichnen. Den vier Hauptzeugen wirft er vor, daß sie den obersten Offiziersgrundsatz „Treue gegen die Kameraden" (Machhaus, Berger und Gutermann waren bekanntlich Offiziere) nicht gehalten hätten. Als selbstverständlich beantragt auch er für seinen Mandanten Freisprechung.

Damit war die Verhandlung geschlossen. Die Urteilsverkündung erfolgt am 9. Juli 9 Uhr vormittags.

Um die bayrischen Volksgerichte.

SPD. München, 20. Juni. (Eig. Drahtb.)

Auf die Anfrage des bayrischen Justizministeriums an den sächsischen Justizminister, ob es richtig ist, daß die sächsische Regierung die zuständige Staatsanwaltschaft angewiesen habe, dem rechtlichen Hilfsersuchen der bayrischen Volksgerichte keine Folge mehr zu leisten, ist jetzt eine Antwort eingetroffen, aus der die bayrische Regierung ersehen muß, daß in Sachsen eine entsprechende Verfügung erlassen worden ist. Der bayrische Ministerrat wird sich deshalb in seiner nächsten Sitzung mit der Angelegenheit befassen und Beratungen darüber pflegen, wie der sächsische Justizminister zur Aufhebung seiner Anordnungen veranlaßt werden kann. Zunächst dürfte die bayrische Regierung den Reichsjustizminister um Intervention bitten.

Radikaler Rückzug in Sachsen.

Las man die kommunistische Presse, dann hatten sich in Leipzig furchtbare Dinge ereignet. Die „Koalitionspolitiker der Sozialdemokratie" oder, frei nach Paul Böttcher, „die abgesägte Führergarnitur" hatte das Blutbad vom 6. Juni inszeniert, um die verhaßte Regierung Zeigner zu stürzen. Der Hauptschuldige an diesen Schandtaten, der sozialdemokratische Polizeipräsident von Leipzig, Fleißner, mußte unbedingt von seinem Amt entfernt werden. Die KPD. setzte Himmel und Hölle in Bewegung, appellierte an die Siebenerkommission, an die sächsische Regierung, um dieses Ziel zu erreichen. Natürlich kam es ihr dabei nicht auf den Kopf Fleißners an, sie wollte unter allen Umständen den Widerstand der Leipziger Organisation gegen die kommunistischen Putschistereien brechen. Heinrich Süßkind, der große Stratege in Sachsen, der selbst den großen Paul Böttcher noch übertrumpft, stieß bereits die furchtbarsten Drohungen in der Leipziger „Sächsischen Arbeiterzeitung" aus. Aber auch für seine Größe gab es eine höhere Instanz. Am 9. Juni erklärte er noch, daß die Kommunistische Partei die Regierung „nicht einen Augenblick lang" mehr unterstützen könne. Am Montag, dem 11., erschienen die „Flaumacher", „Brenser", „Verräter", „Bonzen" aus der kommunistischen Zentrale in Gestalt von Albricht, Schumann und Brandler. Und merkwürdig, bereits am 12. Juni hieß es in Heinrichs Blatt:

„Die KPD. denkt nicht daran, der Leipziger VSPD. das Spiel zu erleichtern und die Regierung zu stürzen."

Macht irgend jemand die verehrten kommunistischen Freunde auf ihre zahllosen Widersprüche und ständig wechselnden Parolen aufmerksam, dann will die „Rote Fahne" nichts davon wissen. In Wirklichkeit befinden sich die Kommunisten in der ärgsten Verlegenheit immer dann, wenn sie durch den Zwang der Tatsachen vor positive Entscheidungen gestellt werden und nicht mehr mit revolutionären Redensarten ausweichen können.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages ermächtigte die Regierung, die am Montag und Dienstag festgesetzten neuen Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter auszuzahlen. Angenommen wurde ferner ein Antrag, die Zahlungen aus der Notstands-Gesetzgebung an die Sozialrentner und Invaliden mit Wirkung vom 1. Juli ds. Js. abzu verdreifachen.

Zum Ausbruch des Aetna.

Als aus Sizilien die Nachricht kam, daß sich am Abhang des Aetna fünf neue Krater aufgetan haben, aus denen ein Strom glühender Lava sich bergabwärts ergoß, da mußte man das als den Beginn einer großen und heftigen Eruption betrachten. War doch nach vielhundertjähriger Erfahrung ein großer Ausbruch wieder einmal fällig. Alle zehn Jahre pflegt sich im Durchschnitt die vulkanische Tätigkeit des Aetna, die auch in der Zwischenzeit niemals ruht, gewaltig zu steigern, und der ganze Berg ist gewissermaßen ein im Asche und Lava erhärtetes Zeugnis für diese in sehrjährigen Perioden sich äußernde vulkanische Gewalt. Jedenfalls ist der Aetna geologisch noch ganz junges Datums; sein erstmaliges Alter wird nur zu fünfzigtausend Jahren angenommen. Ist auch Sizilien überhaupt geologisch jungen Ursprungs, so ist der Aetna sicherlich der jüngste Teil der Insel. Er begann seinen Kegel zuerst unterseeisch in einer weiten Bucht aufzubauen, die tief in die Ostseite Siziliens eindrang. Nimmt man an, daß, wie in den letzten drei Jahrhunderten, durchschnittlich alle zehn Jahre ein großer Ausbruch erfolgt ist, so würde der gewaltige Bergkegel, der 3279 Meter hoch emporragt, von rund 5000 Eruptionen aufgebaut worden sein. Man kann dabei annehmen, daß in den Jugendtagen des Vulkans die Ausbrüche noch häufiger und unglücklich gewaltiger gewesen sind als in historischer Zeit. An dem steinernen Antlitz gestatteten schon die Kegelform des Berges keinen Zweifel; dieser einzige, unsagbare aber flache Kegel, dessen Umfang an der kreisförmigen Basis 145 Kilometer beträgt, erhebt sich ganz isoliert und fast ohne Verbindung mit den übrigen Gebirgen der Insel. Auch die Böschungen der Kegelseiten sind sehr flach; nur der eigentliche Zentralkegel erhebt sich aus einer Höhe von 800 Meter hoch mit einer Böschung von 20—30 Grad. Die Krönung dieses Zentralkegels bildet der Hauptkrater, der einen Durchmesser von 600 bis 700 Meter hat, ein trichterförmiger Schlund, aus dem ständig gelblich-weiße Wolken von penetrantem, stechendem und ätzendem Schwefelgeruch emporsteigen. Diese Schwefelwolken wallen und brauen aus der unendlichen Tiefe empor und verhüllen den Abgrund gewöhnlich den Blicken der Menschen, die sich bis an den Kraterrand gewagt haben. Unten im Schoße der Erde vernimmt man ein Zischen und Brausen wie aus einem unablässigen Feuerschlund, und nur selten verteilt ein scharfer Windstoß die weißen Dämpfe, um die gegenüberliegende Kraterwand für einen Augenblick sichtbar werden zu lassen. Man sieht das Gestein vom Schwefel mit gelbleuchtender Farbe bedeckt, und in der Tiefe wallen riesige feurige Ströme.

Aus diesem Hauptkrater ergießt sich aber niemals Lava; der feuerflüssige Strom tritt überhaupt nicht bis zur Höhe des Zentralkegels empor. Er durchbricht den aus lockerem Material aufgebauten Mantel des Berges noch ehe die Lava bis zum Gipfel emporgestiegen ist. Unter Erschütterungen und donnerähnlichem Getöse, wie es auch jetzt wieder der Fall gewesen ist, sucht sich das feuerflüssige Magma Austritt durch einen radialen Spalt, an dessen unterem Ende dann jeweils ein neuer Kegel entsteht. Solcher sogenannter Schmarotzerkegel, deren Zahl am größten an der Südseite des Berges und in dem Gürtel zwischen 1000—2000 Meter Höhe ist, gibt es rings um den Aetna mehr als 200, und jede große Eruption vermehrt ihre Zahl um einen oder mehrere neue. Diesmal ergießt sich die Lava in nordöstlicher Richtung nach Linguaglossa, das allein schon 22 000 Einwohner hat. Oberhalb gibt es herrliche Pinienhaine, die durch den feurigen Strom vernichtet worden sind. Der gewaltige Ausbruch von 1910, das letzte katastrophale Ereignis in der Aetnageschichte, spielte sich auf der Südseite ab und suchte den Ort Nicolosi sowie das westlich davon liegende kleine Dorfchen heim. Dieser Ausbruch dauerte einen vollen Monat, vom 25. März bis zum 22. April 1910 und nahm seinen Ausgang von einer neuen, 2 Kilometer langen Spalte, längs deren eine Reihe neuer Krater entstand. Ungeheure Lavamengen haben damals, vor nunmehr 13 Jahren, die fruchtbaren Südabhänge des Berges verheert; der etwa 50 Meter breite Strom erreichte stellenweise eine Tiefe bis zu 100 Metern und stürzte an einer steilen Stelle in Gestalt eines feurigen Falles 20 Meter tief ab. Dieser feurige Fall bot ein Naturschauspiel von überwältigender Eindringlichkeit; aber auch aus den neuen Kratern schoß tagelang ein riesenhaftes Brillantfeuerwerk aus glühenden Steinen, feuriger Lava und leuchtenden Dampf- und Staubwolken, das bei Nacht einen schaurigen, aber auch überwältigenden Anblick darbot.

Es kommt bei vulkanischen Ausbrüchen, auch beim Aetna, häufig vor, daß der Haupteruption kleine Ausbrüche um mehrere Wochen vorangehen. Da das auch diesmal wieder der Fall war, so darf man hoffen, daß die unterirdischen Kräfte gegenwärtig ihre stärkste Auslösung gefunden haben, und daß das Unheil, das jetzt wieder über einen Teil der schönen Insel hereingebrochen ist, keinen allzugroßen Umfang annehmen wird.

*

56 000 Einwohner auf der Flucht vor der Lava.

Den römischen Blättern zufolge übersteigt der Ausbruch des Aetna an Heftigkeit denjenigen von 1910. Der Ausbruch ist von einem starken Aschenregen begleitet. Der von zwei Hauptkratern ausgehende Lavastrom hat eine Breite von 650 Metern und eine Höhe von einigen Metern. Er verbreitet eine unerträgliche Hitze. Die Panik der Bevölkerung ist außerordentlich groß. Es befinden sich augenblicklich ungefähr 50 000 Personen auf der Flucht, von denen die Mehrzahl ihre Möbel und ihren Hausrat mit sich führen. Aus den der Zerstörung nahe-liegenden Städten werden Automobile mit Hilfs- und Lebensmitteln der fliehenden Bevölkerung entgegengesandt. Bisher sind keine Menschenleben zu beklagen, jedoch ist der Sachschaden sehr groß. Zurzeit sind bereits 20000 Familien unterzubringen, doch wird sich die Zahl in die Hunderttausende erhöhen, wenn der Ausbruch in der jetzigen Stärke andauert. Fünf Krater haben sich schon gebildet, die von Lava überfließen. Diese rückt stündlich um 1000 Fuß vor in Wellen, die an manchen Stellen 15 Fuß tief sind. Immer neue Massen von Asche und glühender Lava wird aus den Kratern unter Schrecken erregenden inneren Explosionen ausgeworfen. Donner erschüttert den ganzen Abhang des Berges. Die Luft ist meilenweit dick von Staub, der bereits Hunderte von Meilen von Sizilien entfernt hintreibt. Messina wird von dem diesmaligen Ausbruch kaum berührt, aber Linguaglossa ist von Lava schon fast ganz eingeschlossen. Eine große Menge Vieh, das nicht mehr gerettet werden konnte, ist umgekommen. Nach einer weiteren Meldung aus Catania haben die Lavamassen den Bahnhof von Cerro vernichtet und den Weg zwischen Linguaglossa und Randazzo überschritten. Der Lavastrom wälzt sich in einer Breite von 7 Metern fort.

Wilhelm II. als Kunstkenner. Einige Leipziger und Marburger Studenten, die vor kurzem Holland durchreisten und dort deutsche „Mysterienspiele" aufführten, hatten eine Einladung ins Haus Doorn erhalten. Nach dem Bericht eines der Teilnehmer weiß die bürgerliche Presse mancherlei Ulkiges über diesen Besuch bei Wilhelm zu erzählen. Bezeichnenderweise wurden die Studenten vorher vom „Hofmarschall" instruiert, „Majestät" seiner hohen Stellung gemäß anzureden und eine recht, recht tiefe Verbeugung zu machen. Nachdem dies geschehen war, legte Wilhelm los: „Wie ziehen Sie denn Adam und Eva an? Wohl recht schrecklich, wie? Haben Sie ihnen eine Badehose vorgeknöpft oder ein Feigenblatt angeklemmt? . . . Sie kennen doch von Goethe den „Faust"? Glauben Sie, daß ich schon einmal eine befriedigende Darstellung gesehen hätte? Sonderbar, daß gerade dieser große Geist so mißverstanden wird. Die Berliner Bühnen haben da noch nichts geleistet. Habe oft selbst die Absicht gehabt, den „Faust" zu inszenieren. Leider fehlten mir meist die rechten Schauspieler. . . . Nur wenn die Kunst in den erhabenen vaterländischen Traditionen wurzelt, kann sie wieder das Volk erheben. Denken Sie an Wildenbruch! Mit den modernen Kunstsackgassen, dem Schwindel, würde ich aufräumen. . . ." Walter Bloem hält Wilhelm für sehr „bedeutend", jedenfalls für bedeutender als Dehmel oder Hauptmann.

Wilhelms Gattin machte nachher den Studenten das Geständnis: „Hier geht man geistig zugrunde." Sie scheint etwas intelligenter als ihr Eheherr zu sein.

Erhöhung der Renten

SPD. Die katastrophale Geldentwertung und die am 4. Juni eingetretene Brotpreiserhöhung hat die Reichsregierung veranlaßt, dem Reichstagsausschuß für Sozialpolitik eine Verordnung über Erhöhung der Renten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung vorzulegen. Die Verordnung vom 27. März 1923 hatte die Höchstbeträge für Rentenempfänger für Orte im unbesetzten Gebiet auf 450 000 Mark, für Orte im besetzten Gebiet, Einbruchsgebiet und in den ihnen gleichzustellenden Bezirken auf 600 000 Mark, für Witwen- oder Witwerrente auf 432 000 Mark bezw. 540 000 Mark, für Waisenrente auf 240 000 Mk. bezw. 300 000 Mk. festgesetzt. Die Regierungsvorlage sah eine Verdoppelung dieser Sätze mit Wirkung vom 1. Juni vor. Der Ausschuß fand diese Sätze für völlig unzureichend und beschloß, für Mai die Sätze zu verdoppeln, sie von 480 000 Mk. auf 960 000 Mk., von 432 000 Mk. auf 864 000 Mk. von 240 000 Mk. auf 480 000 Mk. zu erhöhen. Mit Wirkung vom 1. Juni 1923 ist die bisherige Unterstützung verdreifacht und nach den Umständen im Höchstbetrag so zu bemessen, daß das Gesamtjahreseinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente den Betrag von 1 440 000 Mk., eine Witwen- oder Waisenrente den Betrag von 1 296 000 Mk., eine Waisenrente den Betrag von 720 000 Mk. erreicht.

Entsprechende Unterstützungen sind an Empfänger von Ruhegeld oder Hinterbliebenenrente aus der Angestelltenversicherung zu gewähren, an Witwen jedoch nur, wenn sie Invalide im Sinne der Invalidenversicherung (§ 1258) Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung) sind.

Hat der Empfänger Kinder unter 15 Jahren, die nicht auf Grund der Reichsversicherungsordnung, des Versicherungsgesetzes für Angestellte oder des Reichsversorgungsgesetzes oder anderer Militärversorgungsgesetze eine Rente beziehen, so erhöht sich die für das Gesamtjahreseinkommen anzurechnende Grenze um 300 000 Mark für jedes Kind. Elternlose Enkel unter 15 Jahren, deren Unterhalt der Empfänger der Renten ganz oder überwiegend bestreitet, werden den Kindern unter 15 Jahren gleichgestellt; dies gilt auch für erwerbsunfähige unterhaltsberechtigte Ehegatten im Hausstande von Rentenempfängern.

Bei Berechnung des Gesamtjahreseinkommens wird nur die als Teuerungszulage gewährte Rentenerhöhung angerechnet. Das Arbeitseinkommen der Empfänger von Renten oder Ruhegeld bleibt dagegen bis zum Jahreseinkommen von 1 140 000 Mark außer Ansatz.

Bis zum Betrage von 432 000 Mark insgesamt sind auf das Gesamtjahreseinkommen nicht anzurechnen Bezüge auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes oder anderer Militärversorgungsgesetze, aus der knappschaftlichen Versicherung, aus öffentlichen oder privaten Versicherungsunternehmungen, aus privaten Unterstützungseinrichtungen sowie aus Sparguthaben. Die Bezüge der Hinterbliebenen sind hierbei zusammenzurechnen. Einkommen aus Unterstützung durch Angehörige ist auf das Gesamtjahreseinkommen insoweit nicht anzurechnen, als es über die gesetzliche Unterhaltspflicht oder über vertraglich übernommene Verpflichtungen hinausgeht.

Für Orte des besetzten Gebiets, des Einbruchsgebiets und für die ihnen gleich zu stellenden Bezirke werden die genannten Sätze um 25 v. H. erhöht.

Die sozialdemokratische Fraktion, die für viel höhere Unterstützungssätze eingetreten war, konnte nur erreichen, daß für Mai die doppelte Unterstützung gewährt wird und für Juni eine Verdreifachung der Rentensätze erfolgt. Mit besonderem Nachdruck setzte die Sozialdemokratie sich für die Ehegatten- und Kinderzulagen ein und erreichte, daß diese ab 1. Juni um das Fünffache erhöht werden.

Die mit Wirkung vom 1. Juni in Kraft getretenen Unterstützungssätze können nicht auf lange Zeit gelten. In kürzester Zeit muß eine weitere, den tatsächlichen Verhältnissen gerechtwerdende Erhöhung erfolgen. Die Sozialdemokratie wird ihre ganze Kraft einsetzen, um die der Verzweiflung nahen Volkskreise vor dem Schlimmsten, vor dem Hungertode, zu bewahren.

R. Meyer, Zwickau.

*

Noch vor der kurzen Vertagung des Reichstages hat die Sozialdemokratische Fraktion dahin gedrängt, daß die am Mittwoch im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Verordnung über die am 1. Mai bezw. 1. Juni eintretende Erhöhung der Renten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung weiter erhöht werden. Im Ausschuß für Sozialpolitik sowie im Hauptausschuß gelang es der Sozialdemokratischen Fraktion, die Sätze der heute veröffentlichten Verordnung um das Dreifache zu erhöhen. Ab 1. Juli erhöht sich die monatliche Rente für Empfänger einer Invaliden- oder Altersrente von 120 000 auf 360 000 Mk., einer Witwen- oder Witwerrente von 108 000 auf 324 00 0Mk., einer Waisenrente von 60 000 auf 180 000 Mk. Die Unfallrenten werden i ihrer jetzigen Gestaltung um das Doppelte erhöht.

Wertbeständige Löhne und Marksätzung.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften verhandelten am Dienstag mit dem Reichsarbeitsministerium über die Einführung wertbeständiger Löhne bezw. Gehälter, die bekanntlich in erster Linie von den freien Gewerkschaften gefordert wird. Die Besprechung ergab, daß sich die Absichten des Arbeitsministeriums und die Vorschläge der Gewerkschaften teilweise in gleicher Richtung bewegen, über entscheidende Punkte jedoch noch Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die maßgebenden Instanzen des Arbeitsministerium erwarten schon im Laufe der nächsten Woche eine endgültige Erledigung der Frage, die sich im allgemeinen an die Vorschläge der Gewerkschaften hält. Schwierigkeiten scheinen nur von dem Reichsfinanzministerium zu erwarten zu sein.

*

Die Reichsregierung hat sich durch den katastrophalen Marksturz veranlaßt gesehen, endlich zu neuen Maßnahmen zu schreiten. Sie beabsichtigt, nach gegenseitiger Vereinbarung mit den Banken, eine Neuauflage der Stützungsaktion, die bekanntlich von der Sozialdemokratie bald nach dem Zusammenbruch der ersten Aktion immer wieder verlangt worden ist. Welche Wege die Regierung bei der neuen Aktion beschreiten will, steht vorläufig noch nicht fest. Es ist deshalb auch überflüssig, in den Optimismus zu verfallen, dessen sich jetzt die der Regierung nahestehende Presse befleißigt. — Am Donnerstag beabsichtigen der Reichskanzler und der Reichsaußenminister, sich mit den Parteiführern über die außenpolitische Lage und die neuen Pläne zur Stützung der Mark zu unterhalten.

Unterstützung des schlesischen Streiks.

SPD. Vom Vorstand des ADGB. wird uns geschrieben: „Der Vorstand des Deutschen Landarbeiter-Verbandes hat am 18. Juni 1923 wegen der notwendigen weiteren Durchführung des schlesischen Streiks die Bundeshilfe beantragt. Es stehen in Schlesien 90 000 Landarbeiter und -arbeiterinnen nun schon in der vierten Woche im Streik, ohne bisher Streikunterstützung erhalten zu haben, weil der Verband allein den Streik nicht finanzieren kann.

Es ist den Streikenden in den letzten Versammlungen versprochen worden, daß von nun ab an besonders bedürftige Familien Unterstützung gezahlt wird. Damit erklärten sich die Streikenden einverstanden und werden den Kampf wie bisher geschlossen weiterführen, bis die Löhne der Geldentwertung angepaßt werden. Der Vorstand des ADGB. hat, da er satzungsgemäß allein nicht darüber entscheiden kann, ob die Bundeshilfe den Landarbeitern zu gewähren ist, sondern die Entscheidung allen Verbandsvorständen obliegt, den Antrag des Landarbeiter-Verbandes den Verbandsvorständen befürwortend unterbreitet. Er glaubt, daß die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit die schlesischen Landarbeiter und -arbeiterinnen so weit als möglich unterstützen werden.

* * *

Mit der Unterstützung der Landarbeiter durch die Gewerkschaften wird die Kampffront der Streikenden eine neue wesentliche Stärkung erfahren. Die von den Agrariern erwartete Niederlage der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft dürfte also noch lange auf sich warten lassen. Im Interesse der Volksversorgung ist es deshalb jetzt Pflicht der Regierung, die sonst bei anderen Anlässen so übereilig tut, vermittelnd einzugreifen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 21. Juni.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		20. Juni.	19. Juni.
Amsterdam	1 fl.	51371,—	54663,—
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	6683,—	7381,50
Kristiania	1 Kr.	20548,50	23142,—
Kopenhagen	1 Kr.	22244,—	25037,—
Stockholm	1 Kr.	33915,—	37107,—
Helsingfors	1 finn. Mk.	3411,—	4064,50
Rom	1 Lire	5735,50	6359,—
London	1 £	605981,—	643387,—
Neuyork	1 Dollar	129677,—	139650,—
Paris	1 Frs.	7980,—	8703,—
Zürich	1 Frs.	23241,50	25087,—
Madrid	1 Pesetas	18603,—	20947,50
Wien	100 Kr.	176,55	—,—
Prag	1 Kr.	3720,50	4438,50
Budapest	1 Kr.	13,96	—,—

Vermischte Nachrichten.

Valutagewinn aus einem Strafbefehl. Wie berichtet, hatte der Dachdeckermeister Jakob Müller in Stuttgart seinem Umzugsgut nach der Schweiz unbefugterweise eine Nähmaschine beigepackt, die er hinüberschmuggeln wollte, ohne Ausfuhrerlaubnis zu besitzen. Gegen den auf 9 Millionen Mark lautenden Strafbefehl erhob er Einspruch mit dem „Erfolg", daß dieser auf 20 Millionen und einem Monat Gefängnis umgewandelt wurde. Da er 2000 Franken Kaution seinerzeit gestellt hatte, verdient er nach dem Valutastand 10 Millionen Markt trotz der Strafe.

Schreckensszenen auf hoher See. Auf dem Dampfer „Brave Coeur" der United States Shipping-Linie, der von Deutschland nach Amerika unterwegs war, hat sich auf hoher See eine Tragödie abgespielt. Das Schiff befand sich ungefähr auf der Höhe von Oporto, als der zweite Steuermann plötzlich irrsinnig wurde. Er griff in seinem Wahn zur Waffe und richtete auf dem Schiff ein furchtbares Blutbad an. Zuerst erschoß er den Kapitän, dann den Steward, dann den Telegraphisten, schließlich verletzte er noch einen Passagier und einen Leichtmatrosen. Der Wahnsinnige verkroch sich dann in seiner Kabine. Die Offiziere beschlossen nun, schleunigst den nächsten Hafen anzulaufen. Die Fahrt wurde unter größten Schwierigkeiten und Aufregungen vorgenommen. Es war nicht möglich, den immer noch wüst um sich schießenden Steuermann zu entwaffnen. Decks und Kabinengänge waren leer gefegt von Passagieren. Sie hockten alle zitternd in ihren Kabinen. Als das Schiff schließlich in den Hafen von Oporto einfuhr, wurde die Flagge halbmast gehißt und die Matrosen gaben das Signal Aufstand und Mord." Sofort stürzte die Hafenpolizei in Begleitung eines Arztes an Bord und versuchte den immer noch bewaffneten Mörder zu verhaften. Es entspann sich ein verzweifelter Kampf. Der Wahnsinnige verbarrikadierte sich in seiner Kabine und schoß unentwegt auf seine Gegner. Die Polizei griff schließlich zu einem ganz seltsamen Mittel: sie schüttete durch eine Oeffnung zwei Säcke Kalk in die Kabine des Mörders, der infolge der undurchdringlichen Staubwolken gezwungen wurde, die Waffen zu strecken. Aber mitten aus diesem weißen, atemberaubenden Nebel dröhnten doch noch zwei Schüsse, dann wurde es in der verwüsteten Kabine völlig still. Als die Luft sich einigermaßen klärte, drangen die Polizeibeamten in den verbarrikadierten Raum ein und fanden den Wahnsinnigen tot am Boden liegend vor. Er hatte sich durch zwei Schüsse in den Mund selber getötet. Die Leichen dieses Blutbades wurden in Oporto bestattet. Der Dampfer setzte dann seine Fahrt nach Neuyork fort.

Fünfunddreißigfacher Mord. In Moskau fand man in den letzten zwei Jahren auf öffentlichen Plätzen, in Kanälen und auf Neubauten Menschenleichen, die in Säcken eingenäht waren. Im ganzen entdeckte man 27 Säcke mit verschiedenen Leichen, und es war kein Zweifel, daß das Verbrechen von einer und derselben Hand verübt worden war. Die Untersuchung stellte fest, daß die Opfer hauptsächlich Bauern waren, die nach Moskau zum Einkauf von Pferden gekommen waren. Ein Zufall führte die Behörden nun auf die Spur des Verbrechers. Er erwies sich als der Moskauer Kleinbürger Komarow Petrow, seinem Berufe nach Kutscher. Seine Verbrechen verübte Komarow immer nach einem und demselben Plan. Er führte an Markttagen sein Pferd auf den Pferdemarkt hinaus und bot das Roß zu einem erstaunlich billigen Preis an. Dann brachte er die Käufer zu sich in die Wohnung und während der Verhandlungen benutzte er eine Gelegenheit und schlug mit einem Hammer, den er in der Tasche trug, seinem Opfer auf die Schläfe. Wenn der Unglückliche zu Boden fiel, warf er ihm eine Schlinge um den Hals, zog die Schlinge zu und schleppte dann den Getöteten in eine Nebenkammer, wo er ihm die Adern öffnete und das Blut in einen Eimer fließen ließ. Dann zog er die Leiche bis aufs Hemd aus, band die Hände nach dem Rücken und die Füße zur Brust zu, steckte den toten Körper in einen Hafersack und nähte den Sack zu. Diese Operation dauerte nach den Angaben Komarows 15 Minuten. Wenn der Abend anbrach, spannte Komarow sein Pferd ein, nahm den Hafersack zu sich auf den Bock und fuhr entweder zum Moskwafluß oder zu einem Neubau oder zu einem Kanal und warf dort den Sack ab. Komarow hat eingestanden, daß er 35 Personen getötet hat. Sechs Leichen hat er unweit seines Hauses verscharrt.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Drei Soldaten.

Roman von Jon dos Passos.

Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Julian Gumperz.

(Nachdruck verboten. Der Malik-Verlag, Berlin.)

27. Fortsetzung.

Chrisfield legte den Kopf auf seinen Arm wie auf ein Kissen und schlief wieder ein, noch immer rot vor Wut und Aufregung. Andrews schaute durch die Finger hindurch in den schwarzen Güterwagen hinein, auf die Kameraden, die sich am Boden ausgestreckt hatten, deren Köpfe mit jeder Bewegung des Wagens hin und her gingen, er sah auf die graugrünen Wolken und die Fetzen glitzernden blauen Himmels, die er hinter den Silhouetten der Köpfe und Schultern der an den Türen stehenden Soldaten erblicken konnte.

Die Räder rollten weiter, endlos.

*

Der Wagen hielt mit einem Ruck an, so daß alle aufwachten und einer von dem Ruck umfiel. Draußen tönte eine Pfeife schrill.

„Alles raus! . . . Raus! . . .", jelpte der Sergeant.

Die Leute stiegen steif und frierend aus den Wagen und gaben das Gepäck von Hand zu Hand heraus, bis es einen wirren Haufen von durcheinander geworfenen Tornistern und Gewehren bildete.

„Alles aussteigen!", schrie der Sergeant wieder.

Die Soldaten traten langsam an mit ihren Tornistern und Gewehren. Leutnants schwirrten herum in ihren steifen, eng anliegenden Uniformen. Schließlich kam das Kommando „Rühren!", und die Soldaten lehnten sich auf ihre Gewehre und starrten unbeweglich hinaus. In der Ferne konnte man einen Laut hören, als ob irgend jemand nachlässig einen eisernen Vorhang schüttle. Der Himmel war voll kleiner Flecken von Rot und Gelb, und die purpurne Abendröte stand hell über allem.

Der Marschbefehl kam. Sie marschierten eine ausgefahrene Straße hinunter, wo die Pfützen so tief waren, daß sie unaufhörlich die Marschreihen verlassen mußten, um überhaupt vorwärts zu kommen. In einem kleinen Fichtenwald an der Seite waren schwere Motorlastzüge und Munitionswagen aufgereiht. Das Abendessen wurde in einer Feldküche gekocht, die von den Wagenführern umstanden war. Hinter dem Walde zog sich die Kolonne auf einem Felde hin. In der Ferne war eine Gruppe Stein- und Ziegelhäuser zu sehen, deren Dächer zerstört waren. Auf dem Felde hielten sie an. Das Gras war glänzend grün, und die fernen Hügel hatten klare, tiefblaue Schatten. Kleine Schwaden milchblauen Nebels lagen über dem Feld.

„Kein Licht! Denkt daran, daß wir angesichts des Feindes sind. Ein Zündholz kann die ganze Abteilung vernichten", verkündete der Leutnant dramatisch, nachdem er den Befehl zum Aufbau der Schlafzelte gegeben hatte. Als die Zelte fertig waren, standen die Leute in dem kühlen weißen Nebel, der ständig dichter wurde, herum und aßen ihre kalten Rationen.

„Laß uns reingehen, Chris, ehe uns die Knochen einfrieren," sagte Andrews.

Wachen waren aufgestellt worden und liefen auf und ab mit wichtigtuenden Schritten. Sie schauten einander an, forschten in den kleinen Wald hinein, wo die Wagenführer standen.

Chrisfield und Andrews krochen in ihr kleines Zelt, rollten sich in ihre Decken ein und rückten so nahe aneinander, wie nur möglich. Zuerst war es sehr kalt und hart, und sie zitterten lange vor Kälte, bis schließlich die Wärme ihrer Körper die dünnen Decken füllte. Andrews schlief zuerst ein, und Chrisfield lag und lauschte seinem tiefen Atem. Auf seinem Gesicht lag etwas sehr Zorniges. Er dachte an den Mann, der in Dijon an dem Zuge vorbeigegangen war. Das letztemal, als er diesen Mann, den Anderson, gesehen hatte, war im Uebungslager. Damals war er noch Korporal gewesen. Er erinnerte sich an den Tag, wo der Korporal wurde. Es war nicht lange vorher, daß Chrisfield in einer Nacht in den Baracken mit seinem Messer auf ihn losgegangen war. Einer hatte seine Hand gerade zur rechten Zeit zurückgehalten. Anderson hatte damals ein wenig bleich ausgesehen und war dann weggegangen. Doch er hatte seitdem nie mehr ein Wort mit Chriesfield gesprochen. Wie Chriesfield mit geschlossenen Augen dalag, eng gegen Andrews' schlafenden Körper gepreßt, konnte er das Gesicht des Mannes deutlich sehen, die Augenbrauen, die über der Nase sich schlossen und das Kinn, das von dem schweren Bart faß schwarz war. Schließlich lie ßdie Spannung in seinem Bewußtsein nach. Einen Augenblick dachte er an Frauen, an ein blondhaariges Mädchen, das er vom Zug aus gesehen hatte, und plötzlich erdrückte ihn Schlaf, und alles wurde weich und warm und schwarz, und nur die eine Empfindung blieb: die Kälte auf der einen und die Wärme des Körpers auf der anderen Seite.

Mitten in der Nacht wachte er auf und kroch aus dem Zelt. Andrews folgte ihm. Ihre Zähne schlugen ein wenig aneinander und sie dehnten ihre steifen Beine. Es war kalt, doch der Nebel war gewichen. Die Sterne schienen hell. Sie gingen ein klein wenig in das Feld hinaus, von der Gruppe der Zelte fort.

II.

Ein schwaches, rascheldes und atmendes Geräusch wie von zusammengepferchten Tieren kam von dem schlafenden Regiment. Irgendwo plätscherte ein Bach. Sie horchten auf, aber sie konnten keine Schüsse hören. Sie standen Seite an Seite und sahen in die Unendlichkeit der Sterne hinauf. Ein scharfes, zischendes Geräusch entstand im Grase, als Chriesfield sein Wasser ließ.

„Da ist der Orion," sagte Andrews.

„Wo?"

„Dieser Haufen Sterne dort heißt Orion. Siehst du sie? Soll so aussehen, wie ein Mann mit einem Bogen. Doch ich sehe ihn immer wie einen Kerl, der über den Himmel schreitet."

„Viele Sterne heute, nich'? Donnerwetter, was ist das?"

Hinter den dunklen Hügeln erhob sich ein Glühen und sank dann wieder hinab, wie in einer Schmiede.

„Die Front muß in der Richtung sein," sagte Andrews flüsternd.

„Ich denke, wir werden das morgen wissen."

„Ja, morgen nacht werden wir wohl mehr darüber wissen," meinte Andrews.

Einen Augenblick standen sie schweigend und lauschten auf das Murmeln des Baches.

„Gott, wie still ist es hier. Das kann doch nicht die Front sein. Riech 'mal."

„Was ist denn?"

„Riecht wie ein Apfelbaum, der in Blüte steht irgendwo."

„Laß uns wieder reingehen, ehe unsere Decken kalt werden."

Andrews starrte noch immer hinauf nach der Sterngruppe, die er vorhin mit Orion bezeichnet hatte. Chriesfield hielt ihn noch am Arm. Sie krochen wieder in das Zelt zurück, rollten sich zusammen ein und fielen sofort wieder in schweren Schlaf.

*

Soweit er sehen konnte, erblickte Chriesfield Tornister und Köpfe, die mit dem Marschrhythmus auf und nieder gingen. Ein feiner, warmer Regen fiel und vermischte sich mit dem Schweiß, der ihm vom Gesicht hernieder rann. Die Kolonne marschierte schon eine lange Zeit eine gerade Straße hinunter, die von vielem Verkehr verbraucht und aufgerissen war. Felder und Hecken, auf denen gelbe Blumen in Blüte standen, wichen einer Reihe Pappeln. Die hellen, nassen Baumstämme und steifen Zweige, mit Grün beladen, reihten sich unaufhörlich aneinander, so unaufhörlich, wie das Schreiten der Füße und das Knarren des Gepäcks, das ihm unaufhörlich in die Ohren tönte.

„Sag, gehen wir an die Front?"

„Verdammt, wenn ich das wüßte."

„Es gibt hier ja gar keine Front."

Die Sätze kamen kurz und schweratmend heraus.

Die Kolonne schwenkte auf die andere Seite der Straße, um einem Zug Lastkraftwagen auszuweichen. Chriesfield fühlte, wie der Schmutz über ihn hinweg spritzte, als Wagen nach Wagen an ihm vorbeiratterte. Mit dem nassen Rücken der einen Hand versuchte er den Schmutz aus seinem Gesicht zu wischen, doch seine vom Regen erweichte Haut konnte das nicht ertragen. Er stieß einen Fluch aus. Sein Gewehr drückte schwer wie ein eiserner Tragbalken.

(Fortsetzung folgt.)

Amtlicher Teil

Höchstpreise für Brennstoffe.

Ab 22. Juni 1923: (3194

	Ab Lager per 1 Zentner	Frei Haus per 1 Zentner
Hartkoks, ungebrochen	Mk. 37500.—	Mk. 39000.—
Brechkoks, über 20 mm	„ 41600.—	„ 43100.—
Eiform-Anthrazit-Briketts	„ 43300.—	„ 44800.—
Braunkohlen-Briketts oder Halbsteine	„ 18000.—	„ 19500.—
Grudekoks	„ 17000.—	„ 18500.—

Lübeck, den 21. Juni 1923.

Das Landesversorgungsamt.

Dritter Nachtrag

zu der Verordnung vom 5. Juni 1920, betr. den Markt am Holstentor.

Im § 4, Ziffer 3, Satz 1 werden die Beträge von 500 Mark und 300 Mark erhöht auf 1000 Mark und 600 Mark. (3177

Lübeck, den 20. Juni 1923.

Das Polizeiamt.

Lübecker Straßenbahn.

Fahrpreise ab 22. Juni 1923: ab 1. Juli 1923:

a) Einzelfahrscheine:		
bis zu 2 Zonen	M. 600.—	M. 800.—
bis zu 4 Zonen	M. 800.—	M. 1 000.—
für 5 u. mehr „	M. 1 000.—	M. 1 200.—
b) Monatskarten:		
bis zu 2 Zonen		
2malige Fahrt	M. 26 000.—	M. 34 000.—
4malige Fahrt	M. 48 000.—	M. 66 000.—
für 3 u. 4 Zonen		
2malige Fahrt	M. 33 000.—	M. 42 000.—
4malige Fahrt	M. 62 000.—	M. 80 000.—
für 5 u. mehr Zonen		
2malige Fahrt	M. 40 000.—	M. 48 000.—
4malige Fahrt	M. 76 000.—	M. 94 000.—
c) Jugendfahrscheine in Bündeln von 15 Stück	M. 2 250.—	M. 6 000.—
d) Gepäckstücke und Hunde:	M. 600.—	M. 800.—

Die gegenwärtig im Verkehr befindlichen Jugendfahrscheine Serie 6 und 7, die Fahrkarten für Behörden und die Karten für Schwerbeschädigte der Serie 7 sind bis zum 2. Juli 1923 einschl. gültig und hat der Umtausch

a) der Jugendfahrscheine,
b) der Karten für Behörden,

an unserer Kasse Roeckstraße oder durch Brief,

c) der Karten für Schwerbeschädigte, bei der Hauptfürsorgestelle für Kriegsverletzte

gegen Serie 8 zu erfolgen.

Lübeck, im Juni 1923. (3183

Die Städtischen Betriebe.

Nichtamtlicher Teil

Gesucht sofort eine **Haushälterin** nach dem Lande am liebsten ohne Kinder. Ang. unt. **A 947** an die Exp. 3160)

1 Teching 6 mm und 2 P. Brieftauben z. vk. 3170) Arnimstr. 34.

Gebr. Herrenfahrrad zu kaufen ges. Ang. m. Pr. u. **A. 946** a. Exp. 3171

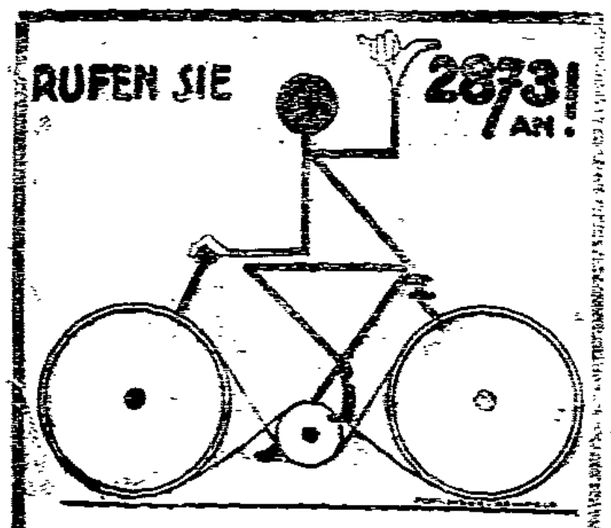
Billig zu verkaufen sehr gute Bettstelle und Gartenbank. (3189 Gr. Vogelsang 13 a, I.

Gartenschlauch zu verkaufen. (3192 Chaisestraße 5, I.

1 Paar Schaftstiefel, Gr. 39—40, zu verk. (3175 Beker, Brüderstr. 3.

3193)
Kaufe leere Rheinwein- u. Kognak-Flasch. Stück 500 Mk.
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Das Beste ist das Billigste!
Ihre **Schuhe und Stiefel** werden nur in
7 Fünfhausen 7
gut und billig besohlt und geflickt. Auf Wunsch können Sie darauf warten. Billiger Verkauf von prima Kernleder im Ausschnitt und Gummiabsätze. (3161) **B. Dittmer.**



Und schon bin ich unterwegs, hole Ihre kaputten Schuhe und bringe sie **sofort** wie neu zurück.

Reform-
Schuhwaren-Reparatur- und Stepperei
mit elektrischem Betrieb. 14055a
Robert Jentzen
50 Hüxstraße 50.

Achtung! Nr. 17.

Starke Fahlleder-Arbeitsstiefel, 40—47
Schaftstiefel, 40—47
Elegante braune u. schwarze **Damen-, Herren- u. Kinderstiefel**
Damenschuhe und -stiefel, 25—36, **besonders billig**
Kinder-Spangenschuhe, braun, 32—34, **40 000 Mk.**
1 Partie **Sandalen,** 40—42, nur **30 000 Mk.**
1 Partie **weiße Kinderstiefel,** 25—26, nur **20 000 Mk.**
Turnschuhe, Sandalen, Hemden, bl. Anzug.
3 Paar **neue elegante Reitstiefel,** Mastboxleder, pr. Qualität.

Wem Gott will rechte Gunst erweisen,
Den schickt er zum Spezialgeschäft
O. Schröder, Balauerfohr,
Und läßt ihn seine guten Stiefel preisen,
Bleibt fester Kunde nach wie vor.

Nr. 17. 3186 **Achtung!**

Prima Kernleder-Sohlen.
26 Beckergrube 26. (3163

Billige
Damen- u. Herrenkonfektion, Schuhwaren, Textilwaren.
Eleg. Anzüge, Gummimäntel, Hosen, Joppen, Schlüpfer usw., eleg. Damenschuhe schwarz, Stiefel, Herrenstiefel, Halbschuhe, Kinderstiefel, Sandalen, Turnschuhe, Pantoffel usw., elegante Damenmäntel, Blusen, Röcke, Jumper, Strickjacken, Kleiderstoffe, Voiles, Frottés, Flanelle, Anzugstoffe, Buckskin, Inlett, Cheviots, Leinen, Betten, Aussteuer, Loden, und Manchester, 3191) Hemdentuch usw.
Noch wirklich preiswerte Angebote!
Ahlers & Reetzisch
Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.
Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.

Morgen Freitag Verkauf von
lebendfrischen Butt
infolge größerer Zufuhr zu ermäßigten Preisen, in der (3182
Städtischen Markthalle, in den Ladengeschäften und im Straßenhandel.
Lübecker Fischerei-Genossenschaft.

Sie finden
bei (3168
Walter Griephan & Co.
Hüxstr. 74
enorm billig:
Bettbezugstoffe, Inlets, Hemdentuche, Schürzenstoffe, Kleiderstoffe, Wäsche, Schürzen, Unterzeuge etc.

F. Rehfeld, Gerberstraße 31.
Schuhwaren noch sehr günstig
Herrenstiefel, schwarz . . von M. 110 000 an
Damenhalbschuhe, schwarz . „ „ 98 000 an
Damenstiefel, schwarz . . „ „ 85 000 an
Damen-Spangenschuhe, niedr. Absatz, Turnschuhe

Kautabak.
Der Preis für Lübecker Kautabak beträgt ab heute M. **1200.—** pro Rolle. (3178
Tabakfabrik **Chr. Floto.**

Visitenkarten
werden in modernster Ausführung angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 46

Eilt! (3179) **Eilt!**
Calmon-Fahrrad-Mäntel
weit unter Preis.
A. Meyer, Händler,
Gr. Vogelsang 13 a, I.

Alle
Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (3165
Otto Albers
Markt 4 Kohlm. 10

Stachelbeeren
kauft jeden Posten zu höchsten Tagespreisen 3188
Paul Lütgens
Mittelstraße 17
Fernruf 3244.

Uhren
Gold Silber Gebisse Zähne
Bruch und Sach.
kauft dauernd (3162
M. Ehrichsen
Uhrmacher
Schwönekenquerstr. 6.

3164
Ia. Grudekoks
Adolf Borgfeldt.

Reiner Kakao
¼ ℔ 2500, 3000 u. 3500 M.
Bananen-Kakao
¼ Pfd. 2000 M.
Marmelade
Pfd. 1600 M. (3151
Sirup
Pfd. 900 und 1000 M.
Kunsthonig
1-Pfd.-Paket 1350 M.
Kunsthonig
lose, Pfd. 1200 M.
Eduard Speck,
Hüxstraße 80-84.

J. H. Pein
Lübeck
Markt 10/12
Breite Straße 64/68.
Das bekannte Kaufhaus für (3166
Arbeiter-Garderoben, Berufskleidung, Herren-Konfektion, Knaben-Konfektion.
Eigene Manufakturwaren.

Zentral-Theater
Fernruf 1359. Johannisstraße 25.

Das flackernde Licht
5 Akte aus den Höhen und Tiefen der russischen Gesellschaft.
Der Schauplatz: Eine russische Hafenstadt.
Die Heldin: Eine bildschöne blutjunge Jüdin.
Ein flackerndes Licht — ihr grausames Schicksal.

Vorübung zur Ehe
Amerikanisches Lustspiel
in 5 Akten.
Beinahe ein Propaganda-Film **gegen das Junggesellentum beider Geschlechter.**
Dieses amerikanische **„Großlustspiel“** war monatelang das Gespräch von Newyork, von wo es seine Siegesreise über die ganze Welt angetreten hat.

Das oriental. Kraftpulver
Schwank in 2 Akten. (3113
Hauptrolle: **Gerhard Dammann, Hansi Dege.**

Spielplan ab Dienstag, 19. bis Montag, 25. Juni

Buchdrucker-Verein in Lübeck
Johanni-Ball im Kolosseum
am Sonntag, dem 24. Juni 1923.
Kassenöffnung 5 Uhr.

Mandolinen-Klub Küchnitz. 3185
Am Sonnabend, dem 23. Juni 1923 im Gewerkschaftshaus Lübeck
Großes Konzert
mit nachfolgendem Ball.
Anfang 7 Uhr. Eintritt 1000 Mark.

Lichtspiel-Theater
Brauerei Fackenburg.
Vorstellung (3169
Freitag, den 22. Juni 1923, abends 8 Uhr, Sonntag, den 24. Juni 1923, abends 8 Uhr, nachmittags von 3 Uhr ab Kindervorstellung.

Heute abend 8 Uhr, im Marmorsaal:
Die Wunder des Ehelebens.
Der lenkbare Storch — Knabe oder Mädchen
bestimmt möglich u. v. a.
Siehe Plakate an den Säulen und Tafeln.
Vorverkauf: **Ernst Robert,** Breite Str. 29 und ab 6¾ Uhr an der Abendkasse.
I. und II. Platz numeriert. (3172

Luisenlust. Jeden Freitag u. Mittwoch **Tanzkränzchen.** 3167

Stenographen-Tagung (Stolze-Schrey) in Lübeck.
Für die Zeit vom 7.—9. Juli 1923 suchen wir **Privatquartiere.** Angebote mit Preis an **Karl Warncke,** Gr. Gröpelgrube 15, I.
Arbeitsgemeinschaft Lübecker Kurzschriftvereine. (3174

Bekleidungsarbeiter-Verband.
Filiale Lübeck.
Einladung zum
Sommer-Vergnügen
am Sonnabend, 23. Juni im „Moislinger Baum“.
Von 5—6 Uhr: **Konzert und Kinderverguügen,** anschließend großer Ball.
Gäste herzlich willkommen!
3107) **Der Festausschuß.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck
(3184
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
am Freitag, d. 22. Juni abends 7½ Uhr, **im Gewerkschaftshaus.**
Tagesordnung:
1. Bericht von den Bezirksverhandlungen.
2. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte. 3181

Hansa-Theater.
Täglich 8 Uhr
Der große Erfolg
Wie einst im Mai!
mit **Emil von Dollen** in seiner Glanzrolle als **Jüterbock.** (3173
Sonnabend — Sonntag — Montag
Nur 3 Aufführungen
Alt-Heidelberg
Karl Heinz — **Emil v. Dollen.**
Käthie — **Hansi Rösle.**

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Donnerstag, 21. Juni 1923. Nummer 142.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 21. Juni.

Um Deine Sache handelt es sich!

Ein Industriearbeiter schreibt uns: Die ungeheuerliche Teuerung und die sich dadurch ständig verschlechternde Lage der minderbemittelten Bevölkerungsschichten veranlassen manchen Arbeiter seiner Organisation und vor allen Dingen der politischen Partei den Rücken zu kehren. Alle Arbeiter, die so handeln, glauben garnicht, welchen Gefallen sie damit der bürgerlichen Gesellschaft und somit unseren größten Gegnern erweisen. Das Bürgertum ist drauf und dran, sich desto fester zusammenzuschließen. Nach Ausführungen des Demokraten Heise in der letzten Bürgerschaftssitzung haben die Kriegervereine angeblich dadurch einen Zuwachs bekommen, daß sich Republikaner und auch Arbeiter diesen Klimbimvereinen anschließen. Haben denn diese Proletarier noch nicht erfaßt, daß die **Militär- und Kriegervereine Sammelpunkte der Reaktion sind!** Ueberall, in ganz Deutschland sammeln sich die Deutschvölkischen und Militärparteien, um bei passender Gelegenheit gegen die Arbeiterschaft loszuschlagen. In der nächsten Umgebung Lübecks werden jeden Sonntag Felddienstübungen abgehalten. So wie hier, treibt man es auch im übrigen Deutschland. Die letzten Vorgänge im Ruhrgebiet, Magdeburg und Hamburg sollten m. E. auch jedem denkfaulen Arbeiter die Augen öffnen. Hier wird uns offen gezeigt, wohin die Reise geht. Wie lautet doch die Parole dieser reaktionären Gesellschaft? **Eine der ersten Aufgaben wird die Beseitigung der Führer des roten Widerstandes sein. Sie muß vorher mit Bedacht und mit aller Energie durchgeführt werden. Nur bedingungslose Unterwerfung darf die Losung sein!**

Arbeiter! So wühlen unsere Gegner. Sie sind sich darüber einig, wie sie uns am wirksamsten bekämpfen und vernichten können. Erst müssen die Führer beseitigt werden, die führerlose Masse glauben sie dann um so leichter überwältigen zu können. Und was tun die indifferenten Arbeiter? Sie schimpfen über schlechte Zeiten, treten aus der politischen Partei aus, und verweigern somit ihrer Kampforganisation die Munition! Klassengenossen! Für uns kann es nur eins geben: Bedingungslose Unterwerfung oder Stärkung der Kampffront! Das letztere ist unbedingt notwendig und nur dadurch möglich, daß sich alle Arbeiter, die heute noch unorganisiert herumlaufen, der **Vereinigten Sozialdemokratischen Partei anschließen** und auch das Kampforgan, den **„Lübecker Volksboten"** lesen! Nur wenn alle Arbeiter so handeln, haben wir die Gewißheit, daß die hinterlistige Absicht der Gegner zuschanden wird. Arbeiter, Klassengenossen, handelt darnach!

Die wahren Arbeiterfreunde.

Die Arbeiterschaft kämpft um ihre Existenz. Seit Jahr und Tag verschlechterten sich ihre Daseinsbedingungen. Die Gesundheit wird ruiniert, Frau und Kinder vegetieren kümmerlich dahin, der Haushalt geht in die Brüche. Das Notwendigste kann nicht mehr angeschafft werden. Nun ist kein weiteres Herabdrücken der Lebenshaltung mehr möglich. Die gewerkschaftlichen Organisationen machen jetzt Ernst, um endlich einmal einen wertbeständigen Lohn zu erhalten. Sie wollen nur etwas von dem, was Industrie und Handel seit je getan: ihre Substanz erhalten. Die Unternehmer sträuben sich entschieden, den Erzeugern der Werte das zuzubilligen, was sie für sich selbst in weit höherem Maße und rücksichtslos beanspruchen. Man feilscht um Markbeträge, während man 100prozentige Aufschläge für die Fertigprodukte ohne Mitgenzwinkern einheimst. Ja, man läßt die zur Verzweiflung getriebenen Arbeiter streiken oder sperrt sie aus, wenn sie sich nicht dem Unternehmerdiktat bedingungslos fügen.

Und doch ist nichts notwendiger, als daß den Nullen, die an die Preise angehängt werden, auch die Zahl der Nullen bei Löhnen und Gehältern entspricht. Das geht den Unternehmern an die Nieren. Das wollen sie nicht. Sie fühlen sich als Herren der Situation. Und wenn alle Stricke reißen, dann zetern sie, das Wirtschaftsleben sei in Gefahr und rufen nach der Technischen Nothilfe. Diese hat sich so ziemlich zu einer Schutzorganisation des Unternehmertums entwickelt. Wenn sie sich noch nicht voll auswirken kann, dann liegt es an der Macht der Arbeiterorganisationen. Gelänge es der Reaktion, die verhaßte Staatsform zu ändern, dann würde sich sofort der Charakter der Technischen Nothilfe zum Schaden der Arbeiterschaft ändern.

Die „Lübeckischen Anzeigen" bringen einen, sicher in Lübeck fabrizierten Artikel, in dem der Technischen Nothilfe ein Loblied gesungen wird. Wie sich in manchen Köpfen die Tätigkeit dieser Nothilfe widerspiegelt, ergibt sich aus folgenden Zitaten:

„Daß jedes Sonderinteresse und **jeder Wirtschaftskampf unbedingt vor der Lebensnotwendigkeit der Gesamtheit Halt zu machen** hat. Nicht Zerreißung, sondern Zusammenfassung aller Volkskreise tut uns not."

„Die (Technische Nothilfe) in freiwilliger Mitarbeit berufener Kräfte aus allen Schichten des Volkes die Aufgabe zu erfüllen hat, schweren Erschütterungen des deutschen Wirtschaftslebens vorzubeugen, sowie die daraus erwachsenden Schäden auszugleichen. . . ."

„Die sich in der Zeit **politischer Unruhen und Umgestaltungen des gesamten Wirtschaftslebens** als notwendig und geeignet erwiesen hat, die Grundlage zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu wahren."

„Eine ausschließlich den Interessen des Staates und Gemeinwohls dienende Arbeitsgemeinschaft sieht, die insbesondere geeignet ist, das nach 2½jähriger Fremdherrschaft geschwächte oberschlesische Land vor weiteren wirtschaftlichen Erschütterungen (in Oberschlesien kämpfen die Landarbeiter um die Existenz. Red.) zu bewahren und somit dem Wiederaufbau der Landwirtschaft zu dienen."

Das alles sind Auslassungen reaktionärer Wirtschaftstypen (Automobilklub, Verband für Handel, Gewerbe und Industrie, Verband der Eisenwerke Pommerns, Bauernkammern), die in der Techn. Nothilfe den Retter ihrer Interessen betrachten, die sie bei der geringsten Lohnforderung gefährdet sehen. Dabei hat gerade die deutsche Arbeiterschaft die Lebensnotwendigkeit der Gesamtheit stets voll und ganz berücksichtigt. Sie hat es aber satt, daß die Lebensinteressen der Unternehmer stets mit denjenigen der Gesamtheit verquickt werden. Die sich zum Fürsprecher des Unternehmertums hergebenden „Lüb. Anz." sollten doch einmal in ihren eigenen Kreisen Umschau halten, dann würden sie gewahr werden, wie diese die Lebensnotwendigkeiten der Gesamtheit auffassen. Hatte doch am Dienstag selbst der deutschnationale Handlungsgehilfenverband in Hamburg mit dem Gewerkschaftsbund und dem Zentralverband eine Demonstration gegen die unwürdige Bezahlung des Arbeitgeberverbandes des Einzelhandels veranstaltet. Der Geschäftsführer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes sagte: „Die Verantwortung als Gewerkschaft gegenüber Volk und Wirtschaft zwingt uns, öffentlich zu den Vorgängen im Hamburger Einzelhandel Stellung zu nehmen. Monatslöhne von 105 000 Mark wage man heute noch zu bieten. Die Detaillistenkammer habe bis heute für die sozialpolitischen Notwendigkeiten kein Verständnis gezeigt." In einer Entschließung wird gesagt: „Nachdem sich die gesamte deutsche Wirtschaft (einschließlich des Einzelhandels) von der Grundlage der Markwährung losgelöst hat, erhebt endlich auch die Angestelltenschaft für ihr Kapital, nämlich die Arbeitskraft, **die Forderung wertbeständiger Entlohnung.** Die Versammlung fordert von den verantwortlichen Führern der Wirtschaft, daß sie nicht weiterhin Raubbau an der Arbeitskraft treibt, und der Forderung des Tages gerecht wird."

So sehen also nach dem Ausspruch deutschnationaler Handlungsgehilfen die vom Unternehmertum gepflogenen Lebensnotwendigkeiten der Gesamtheit aus. Was Wunder, wenn die ergebenen Diener vor den Wohnungen der Arbeitgeberverbandsmitglieder Protestrufe ausstoßen?

Und gegen solche, wirklichen Lebensnotwendigkeiten will man als Abschreckungsmittel die Technische Nothilfe einsetzen oder wenigstens als Wauwau in die Arena führen? Man merkt die Absicht.

Auszahlung von Teuerungszuschüssen an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Wie uns vom Wohlfahrtsamt mitgeteilt wird, ist es den ernsten Bemühungen der amtlichen Hauptfürsorgestelle gelungen, die Auszahlung der Teuerungszuschüsse an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene für den Monat Juli in Höhe der Beträge für den Monat Juni zu ermöglichen. Die Auszahlung hat bereits begonnen und erfolgt planmäßig.

Fahrpreiserhöhung auch für die Feriensonderzüge. Die Bettkartenfahrpreise einschließlich Fahrpreiszuschlags betragen vom 1. Juli ab in der 1., 2. und 3. Klasse 200 000, 100 000 und 40 000 Mark, hinzutritt eine Vormerkgebühr von 10 Prozent. Von den zum 1. Juli zu erwartenden Eisenbahntariferhöhungen können auch die Sommersonderzüge nicht ausgenommen werden. Die Fahrpreise für diese Züge werden ebenfalls erhöht. Sommersonderzugrückfahrtkarten können auf jeder Station bei der Fahrkartenausgabe bestellt und in Empfang genommen werden. Die Bestellungen müssen mündlich erfolgen. Eine Gewähr für Zuteilung der bestellten Karten besteht nicht.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde" hat auf dem Priwall bei Travemünde ein kleines Unterkunftshaus errichtet. Dieses wird am Sonntag, dem 24. Juni, vormittags 11 Uhr durch eine kleine Feier seinen Mitgliedern übergeben. Es soll als Stützpunkt dienen für Wanderungen, die in das Gebiet der Lübecker Bucht unternommen werden. Alle Arbeitersportler sollten an dieser Feier teilnehmen.

Erhöhung der Kirchensteuer. Eine Versammlung des Kirchentages nahm einen Antrag des Kirchenrates an, nach dem die Kirchensteuer für 1923 in Höhe von 50 Prozent der **Reichseinkommensteuer für 1922 erhoben werden soll.** Die sachlichen und persönlichen Ausgaben der Kirchenkasse haben sich durch die Geldentwertung um 230 Millionen Mark erhöht. — Die Kirchenverwaltung glaubt sonderbarerweise die Steuererhöhung durch eine Lohnskala der Arbeiter und Beamten schmackhaft machen zu müssen. Wie allgemein üblich, übergeht man auch hier die Gewinne der Schwerverdiener und Schieber. Die kümmern sich allerdings weniger um Steuern und Kirche. Deren Lasten mag das Volk tragen.

Badeanstalt Falkendamm. Die Wasserwärme betrug heute früh 11 Uhr 15 Grad, die Luftwärme 12 Grad.

Erhöhung der Straßenbahn-Fahrpreise.

Die Betriebsbehörde teilt mit: Die in den letzten Tagen weiterhin sprunghaft gestiegene Geldentwertung und die damit verbundene Teuerung hat bekanntlich auch erhebliche Erhöhungen der Löhne und Kohlenpreise mit sich gebracht. In Hamburg wurden aus diesem Grunde bereits in der vorigen Woche die Straßenbahnfahrpreise auf 800 Mk. 1000 Mk. und 1200 Mk. erhöht. Auch in Lübeck sind zufolge dieser Verhältnisse weitere Steigerungen unabwendbar, wenn der Straßenbahnbetrieb in dem bisherigen Umfange aufrecht erhalten und, wie es in den beiden letzten Monaten der Fall war, sich ohne Zuschuß selbst erhalten soll. Am Mittwoch nachmittag hat der Verwaltungsrat der städtischen Betriebe über die Anträge der Straßenbahnverwaltung Beschluß gefaßt. Es soll für diesen Monat noch ein Uebergangspreis von 600 Mk., 800 Mk. und 1000 Mk. eintreten. Ab 1. Juli werden die Preise auf die unbedingt notwendige Höhe von 800 Mk., 1000 Mk. und 1200 Mk. festgesetzt. Die vom Verwaltungsrat beschlossenen Erhöhungen treten am Freitag, dem 22. d. M. in Kraft.

Travemünde. Die Kurtaxe ist vom 16. Juli ab für den Bezirk Neu-Travemünde einschließlich Fehlingstraße, Neustraße und Vorderreihe bis zur Rose für jeden Fremden und jede Nacht seines Aufenthalts auf 2000 Mark, für den übrigen Teil Travemündes auf 1000 Mark, die Gebühr für Hausangestellte auf 400 Mark erhöht worden. Die laut Gesetz betreffend die Erhebung einer Gebühr für die Bescheinigung und Stempelung der Pässe und amtlichen Ausweise der im Stadtteil und Kurort Travemünde vorübergehend sich aufhaltenden Ausländer festgesetzte Gebühr ist für eine Person auf 20 000 Mark, für eine Familie auf 40 000 Mark erhöht worden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Hansa-Theater. Wer einmal in dieser schweren Zeit von Herzen lachen will, schaue sich die übermütige Posse „Wie einst im Mai" an. Für Sonnabend wird für nur 3 Aufführungen „Alt-Heidelberg" neu einstudiert mit von Dollen und Hansi Rösle in den Hauptrollen.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Korrespondenzblatt Nr. 24 ist sofort abzuholen.

L. K. 1921. Am Freitag, dem 22. 6., abends 8 Uhr: Gemeinsame Versammlung von allen Distrikten im Gewerkschaftshaus. Erscheinen Pflicht.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau-Rensefeld. Arbeiter-Samariter. Am Sonntag, dem 24. Juni nachmittags 3 Uhr, veranstaltet der Arbeiter-Samariterbund in der Schule zu Schwartau eine große Uebung. Hierzu ist die gesamte Arbeiterschaft von Schwartau-Rensefeld eingeladen.

W. **Eutin. Gewerkschaftsfest.** Am Sonntag, dem 24. d. M., findet in Eutin wiederum das Gewerkschaftsfest statt. Trotz der schweren Zeit, der fast sämtliche andere große Feste in Eutin erlegen sind, wird das Eutiner Gewerkschaftsfest noch großzügiger gefiert, als im Vorjahre. Hierzu ist das Gewerkschaftskartell nur in der Lage, weil Eutin als Eisenbahnknotenpunkt mit dem Besuch der Gewerkschaften und Parteien von Schönwalde, Neustadt, Lütjenburg, Plön, Segeberg, Lübeck und den ganzen Landesteil Lübeck bestimmt rechnen kann. Man erwartet unter anderem 2000 Jungmannschaften, 2000 Arbeiterradfahrer, außerdem die unendliche Zahl von Gewerkschaften, so daß eine Menschenmenge zusammenkommt, wie sie Eutin noch nicht gesehen hat. Dementsprechend ist auch das Fest aufgezogen. Sonnabend abend findet ein Fackelzug statt, Sonntag morgen ist Weckruf. Mittags Festrede von Adolf Hoffmann-Berlin, anschließend Festzug. Auf dem Volksfestplatz großes Scheibenschießen auf sechs Ständen, Salonbüchsenschießen, Damenschießen, Kinderbelustigung, Fußballwettkämpfe des A.F.Kl. Lübeck. Es sind Gewinne für 2 Millionen Mark vorhanden. Außerdem ist ein Tanzzelt auf dem Platze aufgestellt. Von 7 Uhr an Ball im Schloßhotel. Von 8 Uhr an Ball in 3 Sälen. Die Musik, 100 Pfeifer, Trommler und Waldhörner, wird vom Lübecker Bezirkskorps ausgeführt. Es wäre zu wünschen, daß dieses großartig aufgezogene Fest von Petrus und sämtlichen Gewerkschaften nach Kräften unterstützt würde.

Hamburg. Richtlinien für Demonstrationen. Bei der Polizeibehörde hat eine Besprechung stattgefunden, an der Vertreter aller Parteien, einschließlich der kommunistischen, teilgenommen haben. Mit allgemeinem Einverständnis sind in ihr folgende Richtlinien für Demonstrationen aufgestellt worden: 1. Das Auftreten Bewaffneter bei Demonstrationen ist unzulässig. 2. Alle Veranstaltungen sind vorher bei der Polizei anzumelden. 3. Die Regelung des Verkehrs im einzelnen hat von der Polizei zu erfolgen. Hierbei soll möglichst ungestörter Verlauf der Demonstrationen gewährleistet, aber auch auf das übrige Publikum Rücksicht genommen werden.

Die Neuregelung des Mieterschutzes.

II.

Besondere Einzelvorschriften. — Werkwohnungen.

Besonders wichtig ist die für Werkwohnungen getroffene Regelung, d. h. für Wohnungen, die von einem Arbeitgeber an einen Arbeitnehmer seines Betriebes überlassen sind. Wird in diesen Fällen das Dienst- oder Arbeitsverhältnis aufgelöst, so ist zu unterscheiden: Hatte der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber einen gesetzlich begründeten Anlaß zur Auflösung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses gegeben oder hat er selbst das Verhältnis aufgelöst, ohne daß der Arbeitgeber ihm einen Grund gegeben hatte, so kann der Arbeitgeber, wie auch bisher, ohne weiteres die Räumungsklage erheben. Das Gericht ist jedoch auch in diesen Fällen mit Beisitzern zu besetzen. Ergeht ein Urteil auf Räumung, so kann dies ohne weiteres vollstreckt werden, auch wenn kein Ersatzraum vorhanden ist.

Bestand für den Arbeitgeber kein gesetzlicher Grund zur Auflösung des Dienstverhältnisses oder hätte der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer seinerseits einen Grund gegeben, so gelten auch nach der Auflösung des Dienstverhältnisses hinsichtlich der Wohnung die allgemeinen Mieterschutzvorschriften. Der Arbeitgeber kann jedoch die Aufhebungsklage bereits dann erheben, wenn er den Raum aus besonderen Gründen, insbesondere für den Nachfolger des Mieters in dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis, dringend braucht. Der Arbeitgeber kann, falls er bereit ist, dem Arbeitnehmer einen angemessenen Geldbetrag zu zahlen, verlangen, daß er das Räumungsurteil auch durchführen darf, wenn kein Ersatzraum vorhanden ist. Die Höhe des Betrages wird von dem Gericht festgesetzt.

Besonders bestimmt wird, daß gewerkschaftliche Betätigung, insbesondere eine Beteiligung an einem Streik über Lohn- oder Arbeitsbedingungen, die Aufhebung des Mietverhältnisses nicht rechtfertigen soll.

In zahlreichen Werkwohnungen befinden sich Personen, die in dem Betriebe selbst nicht beschäftigt sind. Aus wirtschaftlichen Gründen ist die Freimachung dieser Räume erleichtert. Der Eigentümer der Werkwohnung kann die Aufhebung des Mietverhältnisses verlangen, wenn er den Raum für einen Angehörigen des Betriebes dringend braucht. Die Zahlung eines Geldbetrages an den Inhaber der Räume bei Durchführung der Zwangsvollstreckung ist hier jedoch nur erforderlich, wenn in seiner Versagung eine unbillige Härte liegen würde.

Kündigung durch den Mieter.

Hat der Mieter das Mietverhältnis selbst gekündigt oder sich sonst freiwillig bereit erklärt, auszuziehen, so kann der Vermieter ohne weiteres die Räumungsklage erheben. Das Gericht entscheidet jedoch auch hier mit Beisitzern. Die Zwangsvollstreckung kann zur Vermeidung von Härten auch in diesen Fällen von dem Vorhandensein eines Ersatzraumes abhängig gemacht werden.

Tod des Mieters.

Beim Tode des Mieters haben sowohl der Vermieter wie der Erbe ein Kündigungsrecht. Der Vermieter darf jedoch nicht kündigen, wenn der Mieter von seinem Ehegatten oder volljährigen Verwandten bis zum zweiten Grade — d. h. Kindern, Enkeln, Geschwistern, Großeltern— beerbt wird und diese Personen bei seinem Tode zu seinem Hausstande gehört haben. Sind diese Personen nicht Erben geworden und kündigt der Vermieter oder der Erbe, so treten sie kraft Gesetzes in das Mietverhältnis ein. Die nächsten Angehörigen eines verstorbenen Mieters werden also, wenn sie mit in der Wohnung gelebt haben, weitgehend geschützt.

Vorübergehende Vermietung.

Räume, die nur zu vorübergehenden Zwecken (z. B. in einem Badeorte, an Besucher einer Ausstellung, Messe usw.) vermietet sind, können ohne weiteres gekündigt werden. Die Zwangsvollstreckung kann jedoch auch hier von der Sicherung eines Ersatzraumes abhängig gemacht werden.

Aufrechnung.

In Mietverträgen findet sich vielfach die Vorschrift, daß der Mieter gegenüber der Miete nicht mit anderen Gegenforderungen aufrechnen darf. Diese Vorschrift soll dann nicht gelten, wenn der Mieter die gesetzliche Miete zahlt und auf seine Kosten eine laufende Instandsetzungsarbeit hat ausführen lassen. Voraussetzung ist jedoch, daß diejenige Stelle, welche nach dem Reichsmietengesetz über die Notwendigkeit derartiger Arbeiten zu entscheiden hat, die Arbeit für erforderlich erklärt hat.

Erlaubnis zur Untermiete.

Zur Weitervermietung gemieteter Räume ist die Zustimmung des Vermieters erforderlich. Will der Mieter seine Wohnung oder einzelne Teile untervermieten, also z. B. ein möbliertes Zimmer vermieten und verweigert der Vermieter die Erlaubnis, so entscheidet das Mieteinigungsamt. Bei gewerblichen Räumen entscheidet allein der Vermieter.

Zahlung der Miete.

Hat ein Mieter die gesetzliche Miete in längeren als vierteljährlichen Abschnitten, z. B. halbjährlich, zu zahlen, so kann der Vermieter verlangen, daß der Mieter die Miete vierteljährlich bezahlt. Die oberste Landesbehörde kann ferner anordnen, daß in Fällen, in denen die gesetzliche Miete gilt, der Vermieter wie der Mieter die monatliche Zahlung der Miete verlangen kann.

Ungültigkeit von Mietverträgen.

Hat ein Mieter eine Wohnung ohne die erforderliche Genehmigung der Gemeindebehörde (des Wohnungsamtes) gemietet, so ist sein Vertrag ungültig, er hat keinerlei Schutz. Derjenige, dem die Wohnung zugewiesen ist, kann selbst gegen den Inhaber der Räume vorgehen und von ihm Räumung verlangen.

Ausnahmebestimmungen.

Das Mieterschutzgesetz gilt ebenso wie das Reichsmietengesetz bei Mietverträgen über Gebäude oder Gebäudeteile, d. h. also über Wohnungen, Geschäfts-, Lagerräume usw. Das Mieterschutzgesetz gilt nicht für Pachtverhältnisse über Grundstücke und Räume, wie sie z. B. bei Ueberlassung von Restaurationsräumen, Schankwirtschaften usw. in der Regel vorliegen. Ist über derartige Räume ein Pachtvertrag abgeschlossen, so bestehen keine besonderen Schutzvorschriften für den Pächter, ebensowenig wie der Verpächter während der Dauer des Vertrages eine Erhöhung des Pachtzinses verlangen kann, da auch das Reichsmietengesetz für diese Räume nicht gilt.

Das Gesetz findet ferner keine Anwendung auf Neubauten oder Räume, die durch Um- oder Einbauten in bestehenden Gebäuden neu geschaffen sind, wenn diese Bauten nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind oder künftig bezugsfertig werden. Auch Räume gemeinnütziger Bauvereinigungen unterliegen nicht den Bestimmungen des Gesetzes. Bei derartigen Gebäuden sind also die Vermieter befugt, soweit dies nach dem Vertrage zulässig ist, das Mietverhältnis zu kündigen und können auf Räumung klagen und die Zwangsvollstreckung durchführen. Ein Schutz der Mieter dieser Gebäude ist nicht gegeben.

Besonderes gilt für Gebäude, die das Reich oder ein Land vermietet hat, falls es sich um Gebäude handelt, die für öffentliche Zwecke oder zur Unterbringung von Angehörigen der Reichs- oder Landesverwaltung dienen sollen.

Bei Personen, die am 1. Januar 1914 ihren Wohnsitz nicht im Inlande hatten (Ausländer), kann die Aufhebungsklage erhoben werden, wenn der Vermieter ein begründetes Interesse an der Aufhebung hat. Diese Personen können ferner weder Ersatz der Umzugskosten noch einen Ersatzraum verlangen. Für deutsche Flüchtlinge und Vertriebene gilt der volle Mieterschutz.

Das Verfahren vor den Mieteinigungsämtern.

In einem zweiten Abschnitt bringt das Gesetz Vorschriften über die Einrichtung der Mieteinigungsämter und das Verfahren vor diesen Aemtern. Es sollen Mißstände beseitigt werden, die sich aus der bisherigen Regelung ergeben und zu lebhaften Beschwerden aus Vermieter- und Mieterkreisen geführt haben.

Das Mieteinigungsamt besteht wie bisher aus einem Vorsitzenden und Beisitzern. Der Vorsitzende muß zum Richteramt befähigt sein oder die Prüfung zum höheren Verwaltungsdienst abgelegt haben. Seine Unabhängigkeit ist dadurch gesichert, daß seine Amtszeit mindestens 1 Jahr beträgt und er während dieser Zeit gegen seinen Willen nur nach den für die Entlassung eines nicht richterlichen Beamten geltenden Vorschriften aus dem Amte entfernt werden darf.

Die Beisitzer müssen zur Hälfte Vermieter, zur Hälfte Mieter sein. Auf sie finden die gleichen Vorschriften wie auf die Beisitzer des Amtsgerichts Anwendung. Vor allem soll also ihre Bestellung auf Grund von Vorschlagslisten örtlicher Hausbesitzer- und Mietervereine erfolgen. Auch erhalten sie für ihre Tätigkeit eine Vergütung.

Das Verfahren vor dem Mieteinigungsamt selbst wird vereinfacht. Unter gewissen Voraussetzungen können der Vorsitzende oder die Beisitzer Vorverhandlungen abhalten und selbst Entscheidungen treffen.

Die oberste Landesbehörde kann die Aufgaben des Mieteinigungsamtes auch einem Gericht übertragen, das jedoch dann gleichfalls mit Beisitzern besetzt werden muß.

Die wichtigste Neuerung ist die Einführung einer Beschwerde gegen die Entscheidungen des Mieteinigungsamtes. Die Einrichtung der Beschwerdestelle ist der obersten Landesbehörde überlassen. Diese kann eine Verwaltungsbehörde, das Landgericht oder ein höheres Gericht als Beschwerdestelle bestimmen, auch Vermieter und Mieter an den Sitzungen teilnehmen lassen. Die Beschwerdestelle kann entweder selbst entscheiden oder die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Mieteinigungsamt zurückverweisen. Die Beschwerde ist dann zulässig, wenn das Mieteinigungsamt bei seiner Entscheidung eine gesetzliche Bestimmung verletzt hat (Rechtsbeschwerde), die Beschwerdestelle kann jedoch auch selbst Beweise jeder Art erheben.

Für das Verfahren vor dem Mieteinigungsamte und vor der Beschwerdestelle werden Gebühren erhoben, deren Höhe die oberste Landesbehörde bestimmt. Hierdurch soll vor allem die den Gemeinden bisher durch die Einrichtung des Mieteinigungsamtes erwachsende finanzielle Belastung beseitigt werden.

Geltungsdauer des Gesetzes.

Das Gesetz tritt am 1. Oktober 1923 in Kraft. Als Endtermin für die Geltungsdauer des Gesetzes ist, ebenso wie beim Reichsmietengesetz, der 1. Juli 1926 vorgesehen.

Gewerkschaften.

Zur Lohnpolitik der Unternehmer. Aus den Kreisen der westlichen Industrie brachte die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" am 17. Juni eine Zuschrift, worin eine Mahrenwäsche versucht wird und die Richtlinien für die künftige Lohnpolitik der Unternehmer vorgezeichnet werden. Im November 1918 ist das Unglück geschehen. Der Achtstundentag wurde eingeführt und damit sei eine Mehrbelastung des unproduktiven Lohnkontos und der Generalunkosten der deutschen Betriebe von mindestens 15 Millionen Mark pro Tag erfolgt. Die Löhne seien damals über den Goldlohn hinausgestiegen. „Im Januar 1919 stand der Lohn eines ungelernten Arbeiters 30 Pfg. oder fast 40 Prozent und noch im Juli 1919 6 Pfg. oder rund 51 Proz. pro Stunde über einem nach Dollarkurs errechneten fingierten Goldlohn."

Der Mann aus der westlichen Industrie gibt nun zu, daß dieser Zustand — selbst wenn er durchaus zutreffend geschildert wäre — heute etwas überholt ist.

„Inzwischen ist für viele Gewerbezweige zwar der Lohn des einzelnen Arbeiters unter den Dollarstand herabgesunken." Das ist sehr vorsichtig ausgedrückt! Trotzdem sei die deutsche Gesamtproduktion mit einer Gesamtlohnsumme in annähernd Friedenshöhe, zum Teil über Friedenshöhe hinaus belastet. Die Ursache des Lohnrückgangs sei darin zu suchen, „daß eine zu große Zahl produktiver und namentlich unproduktiver Arbeitskräfte bei gleichgebliebener Gesamtproduktion von dem Gesamtlohn zehrt und daß der Anteil des einzelnen dadurch natürlich entsprechend verringert wird." Die deutsche Wirtschaft müsse aber ihren Produktionsbedarf an Arbeitskräften hinaus schätzungsweise 20 bis 40 Proz. mehr Arbeiter halten.

Es läge hier doch nahe, einmal einen Vergleich zu ziehen zwischen den Gewinnen der unproduktiven Nutznießer der Arbeitskräfte in der deutschen Wirtschaft und den Löhnen der vorgeblich unproduktiven Arbeitskräfte, um die Belastung der deutschen Wirtschaft näher zu beleuchten. Allein das paßte nicht in den Rahmen der Unternehmerausführungen, aus denen drei Gesetze abgeleitet werden: Goldlohn kann nur für Goldleistung und entsprechende Friedensproduktion gegeben werden; Abbau der Zwangswirtschaft auf dem Arbeitsmarkt und **Wiederherstellung der früheren Arbeits- und Betriebsverfassung** sind eine zwingende Voraussetzung für den Goldlohn des einzelnen Arbeiters der jedoch — als drittes Gesetz — erst dann in Frage kommen kann, wenn die Inlandskaufkraft der Mark durch **Beseitigung der Zwangswirtschaft** (namentlich auf dem **Wohnungsmarkt und in der Brotversorgung!**) vergrößert wird, so daß „der für die Miete und den Brotgetreidebedarf aufzunehmende Lohnanteil erheblich unter dem vor dem Kriege aufzunehmenden Betrag von 20 bis 30 Prozent des Gesamtlohneinkommens liegt."

Die Verbilligung des Produktionsprozesses müsse gleichbedeutend sein mit einer Einschränkung der Arbeiterzahl. Die Arbeitsmarktkrise müsse in der Hauptsache **auf den ungelernten Arbeiter lasten.** Die gelernten Arbeiter sollen im großen und ganzen davon verschont bleiben. Unser Goldlohnmann stellt **den gelernten Arbeiter** vor die Frage, „ob ihm künftig der Teil des Lohnes entzogen bleiben soll, der ihm **schon seit längerer Zeit zu wenig gezahlt wird,** weil die ungelernten Arbeiter einen über das gerechte Maß hinausgehenden Anteil erhalten."

Eine „vernünftige Arbeitsmarktpolitik", das heißt die Stillegung möglichst vieler Arbeiter zur Bildung industrieller Reservearmee mache große Mittel frei, bei großen Werken hohe Milliardenbeträge, die dann zur besseren Entlohnung qualifizierter Arbeiter und zur Herabsetzung der Preise verwendet werden könnten. Durch billigere Preise werde die Kaufkraft gefördert (auch die der Arbeitslosen?), der Absatz im In- und Ausland vermehrt, die Absatzkrise beseitigt und schließlich auch die Zahl der Arbeitslosen vermindert.

So löst sich im kapitalistischen Sinn die ganze Wirtschafts- und Lohnfrage in voller Harmonie; abgesehen von ein paar Millionen Arbeitslosen, die ihr Mißgeschick dem Umstande verdanken, daß sie früher einen über „das gerechte Maß" hinausgehenden Anteil von dem Lohnkuchen erhalten haben.

Handelt es sich hier auch nur um eine gewisse Entkleidung zu dem sogenannten Angebot der Industrie, so ist es dennoch nicht überflüssig, die lohnpolitischen Gedankengänge der Unternehmer kennen zu lernen, um sie wirksam zu bekämpfen.

Selbstmörderische Lohnpolitik. Es gibt keinen ernsthaften Wirtschaftspolitiker, keinen Gewerkschafter, ja, vielleicht heute auch keinen einsichtigen Unternehmer mehr, der behauptet wird, daß die in Deutschland heute übliche Regelung der Löhne und Gehälter noch länger fortgeführt werden kann. Kaum haben die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einer Berufsgruppe nach langem Verhandeln und Inanspruchnahme von mehreren Schiedsstellen eine Regelung der Arbeitseinkommen getroffen, die meist nur für wenige Tage Gültigkeit hat, so ist sie schon durch einen neuen Marksturz überholt. Die Unternehmer fürchten heute, daß zu weitgehende Zugeständnisse durch eine mögliche Besserung der Mark die Konkurrenzfähigkeit der Industrie gefährdet und schützen sich vor dieser Eventualgefahr durch ungenügende Anpassung der Löhne an die Preise. Die Gewerkschaftsvertreter dagegen fürchten — und mit weit größerer Berechtigung — daß jede Lohnerhöhung in Wirklichkeit eine **Lohnherabsetzung** ist. Die Folge davon ist eine ständige und **wachsende Unruhe,** die nur **produktionshemmend** wirken kann. Im „Berliner Tageblatt" veröffentlicht der frühere Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Professor Dr. Hirsch, „Leitsätze über die Einführung der allgemeinen Goldrechnung in Deutschland". Er weist dabei auf die bekannte Tatsache hin, daß im Wirtschafts- und Finanzwesen in Deutschland sich die Goldrechnung immer mehr eingebürgert hat. Ausgenommen davon seien bisher nur der Arbeitsmarkt und die Reichs- und Staatsfinanzen mit Ausnahme der Zölle und einiger mit der Valuta gehenden Prozentabgaben (Ausfuhrabgaben, Kohlensteuer). Die Folge dieses Durcheinanders von Goldrechnung, reiner Papiermarkrechnung und sozusagen gebrochene Rechnung nach verschiedensten Inderzahlen habe **die schwersten wirtschaftlichen Schädigungen** zur Folge: Zunächst **Warenverschleuderung** an das Ausland, **Streik der Sparer, Hamsterkäufe, Scheinkonjunktur, Kreditnot** und zeitweilig bedenkliche **Produktionseinschränkung.** „Der Papierlohn bei Goldpreisen führt noch heute zu **übermäßigen Zwischengewinnen** in Produktion und Handel. Die Folge ist eine volkswirtschaftlich ganz unrationelle Ausbreitung eines nur zum Teil berechtigten, vielfach ganz parasitären Zwischenhandels, das **Mitschleppen unrationeller Betriebe** . . . dazu ein **Sinken der Warenqualität** . . . Bei den Arbeitermassen führt der Papierlohn immer wieder bei jeder Valutaverschlechterung zu einem sofortigen **automatischen Herabsinken vom erreichten Lebensstandard** und befördert eine gewisse Verelendung, auf der sich nicht so sehr allgemeiner Uebergewinn des Unternehmertums über Renten normaler Zeiten, wie eine weitgehend **unrationelle volkswirtschaftliche Organisation** aufbauen. Die Papierberechnung von Lohn und Gehalt führt zu einer **Herabdrückung der Volkskaufkraft** . . ." Professor Dr. Hirsch fordert deshalb **wertbeständige Arbeitseinkommen,** die den Goldpreisen entsprechen. Diese Feststellungen decken sich in fast allen Punkten mit den Ausführungen, die darüber in der soz. Presse wiederholt gemacht worden sind. Wir haben heute nicht trotz, sondern **wegen** des Marksturzes, noch mehr aber wegen der **Doppelwährung** von Preisen und Arbeitseinkommen eine **furchtbare Wirtschaftskrise.** Ende April waren **mehr als 35 Proz. der Arbeiter und Angestellten Deutschlands ganz oder teilweise arbeitslos.** Die großen Verbrauchermassen sind einfach nicht mehr in der Lage, die Preise der Waren zu bezahlen. Am klarsten tritt dies bei den Bergarbeiterlöhnen in Erscheinung. Während vor dem Kriege der Hauerlohn bei einer Tonne Fettförderkohle 56 Proz. ausmachte, ist er nach und nach auf 13½ Proz. im Dezember 1922 gesunken. Der ungeheure Marksturz, der seitdem eingetreten ist, hat den Lohnanteil noch weiter herabgedrückt. Dabei gehen die rückständigen Verfechter kurzsichtiger Unternehmerinteressen gerade mit den angeblich hohen Bergarbeiterlöhnen hausieren. **Mit dieser selbstmörderischen Lohnpolitik muß endlich Schluß gemacht werden.**

Lohnpolitik und Gewerkschaften. Der Bundesvorstand des ADGB. hat sich in einer Sitzung am Mittwoch eingehend mit der Frage der Sicherung der Löhne gegen die Entwertung durch Valutasturz und Teuerung beschäftigt. Er beschloß, diese Frage zum Gegenstand **gemeinsamer Verhandlungen und Schritte der gewerkschaftlichen Spitzenverbände** zu machen. Die Gewerkschaften werden ersucht, diese **Ausgestaltung der Lohnpolitik** zu prüfen und durch Erörterung in der Arbeiterpresse einer Klärung entgegenzuführen. Eine endgültige Entscheidung über die Frage soll in der nächsten Bundesvorstandssitzung gefällt werden.

Sport.

F.T.V. und **A.T.V.** die beiden Ortsrivalen, treffen sich Sonntag, den 24. d. Mts., 3½ Uhr auf der Falkenwiese. Beide in stärkster Aufstellung, so daß ein wiederum hochklassiges Spiel zu erwarten ist. Darum alles Sonntag zur Falkenwiese, weil auch für bestes Fußballwetter gesorgt ist. 3176 G. Scherf.

Trommler- und Pfeiferkorps, 6. Bezirk. Der Abmarsch zum Gewerkschaftsfest in Eutin findet am Sonnabend, dem 23. Juni 1923, präzise 6½ Uhr, statt. Sämtliche Spielleute haben sich spätestens um 6 Uhr im Sportheim, Hundestr., einzufinden. — NB. Weißer Anzug. (3189)

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten" zu beziehen.)

Albert Langen-Verlag, München. Hans Leip, **„Der Pfuhl.** (Grundpreis 6,50 Mk.) Schon der gezeichnete Buchtitel kündigt an, daß man es hier mit einem expressionistischen Roman zu tun hat. Er spielt in und um einer großen Seestadt. Der Dichter schiebt riesenhafte Bilder durcheinander. Sie spielen in allen Gesellschaftsschichten, in Hafen, Heide, See und großstädtischen Verbrecherviertel. Man staunt, wie da mit Menschenschicksalen und technischen Möglichkeiten herumgeworfen wird. Ein ganzer Pfuhl mit Verbrechertricks und Obszönitäten tut sich auf. Der Unterschied zwischen den Schlupfwinkeln und der Grossgemeinde geht aber nicht immer mit der Logik. Letztere als Anstifterin einer wilden Revolution auch gleichzeitig den Massen als ideales Ziel zu malen, ist mehr als gewagt. Leips Phantasie ist sehr kühn. Aber seine Mädchen, Bürger, Pfaffen, Verbrecher, Mörder und seltsamen Architekten wußte er mit überzeugender Kraft zu gestalten. Trotz der wunderlichsten Gedanken wird der Leser von der packenden Sprache hingerissen. Leip hat seine Prosadichtung so fein gesponnen, daß man mitunter glaubt, vom Zauber einer anderen Welt umfangen zu sein. Trotz aller Tollheit wird das Buch großes Aufsehen machen und der neuartige Dichter Anerkennung erreichen. wb.

Ludwig Thoma. „**Leute, die ich kannte.**" — „Münchnerinnen". Verlag Albert Langen, München. Die beiden Manuskripte fand man im Nachlaß des ehemaligen Simplizissimus-Redakteurs, der als Schriftsteller das bayrische Volksleben der letzten vierzig Jahre in seinen Arbeiten festgehalten hat. Seine „Filterbriefe" und Peter Schlemihl-Gedichte werden unvergessen bleiben. „Die Leute, die ich kannte", sind glänzend geschriebene Lebensbilder allerlei bedeutender Männer, mit denen er im Beruf und in literarischen Weinstuben in Beziehungen kam. Da finden wir meisterhafte Essays und Charakteristiken über Otto Erich Hartleben, Frank Wedekind, Josef Ruederer, Holger Drachmann, Georg Gutri und unsern österreichischen Genossen Engelbert Pernerstorfer. Literarische Denkmäler ersten Ranges schuf Thoma seinen Freunden Rudolf Wilke, Albert Langen und dem berühmten Holzschnitzer, Bildhauer und Architekten Ignatius Taschner. Außerordentlich interessant lesen sich auch die Reiseschilderungen nach Salzburg und Schwaben. — Der Roman „Münchnerinnen" macht zwar einen unfertigen Eindruck, dafür fesselt er aber um so mehr. Thoma schildert die Münchener Skat- und Bierspießer, denen von ihren vernachlässigten Ehefrauen faustdicke Hörner aufgesetzt werden. Solchen Reichtum von Gestalten, behaglichem Humor und witzigem Dialog findet man nur in wenigen Münchener Romanen. wb.

Der wohlversuchte Südländer. Neu erschienen ist in der bekannten Brockhausschen Sammlung „Alte Reisen und Abenteuer" Band 7: Carl Friedrich Behrens, Der wohlversuchte Südländer. Reise um die Welt 1721/22, nach der Originalausgabe bearbeitet von Dr. Hans Plischke, geb. G.-Z. 2,5; in Ganzleinen G.-Z. 3,2) Das Wertvolle an den Schilderungen ist, daß sie einen anschaulichen Eindruck von dem kargen Leben auf den Segelschiffen des 18. Jahrhunderts geben und uns in die erwartungsvolle Spannung des Südlandfahrers versetzen, der nach Gold und Reichtum nach Edelsteinen und Gewürzen auszog und meist ohne Erfolg und ohne das Südland gefunden zu haben, enttäuscht heimkehrte. Die Angaben über die Inseln und Völker, die Behrens im Südmeer kennenlernte, sind schlicht und einfach niedergeschrieben. Behrens schildert so, wie er Länder und Völker sah, wie sie ihm beim Vorbeisegeln erschienen. Manches erzählt er aber auch nach Hörensagen, vor allem über brasilianische Verhältnisse, über die Zustände auf den Inseln des Malaiischen Archipels und über die Völker am Kap der Guten Hoffnung. Wie bei allen Bänden der Sammlung ist auch hier wieder die Ausstattung mit trefflichen Bildern und Karten zu loben.

Allerlei Wissenswertes.

Die geologische Arbeit eines Flusses. Jedermann weiß, daß die Flüsse Stoffe aus dem Land hinausschaffen und dadurch ihr Gebiet allmählich abtragen. Man macht sich aber meist keine genaue Vorstellung davon, um welche Mengen es sich dabei handelt. Nun hat vor wenigen Jahren Schürmann am Neckar eine genaue zahlenmäßige Untersuchung über die geologische Arbeit dieses Flusses ausgeführt, und er ist dabei, wie Dr. R. Lotze in dem Kosmosbändchen „Jahreszahlen der Erdgeschichte" mitteilt, zu dem Ergebnis gekommen, daß der Neckar unterhalb Heilbronn jährlich 1 584 000 Tonnen fester Stoffe aus dem Lande hinausführt. Bei einem spezifischen Gewicht von 2,5 nimmt diese Stoffmenge einen Raum von etwas über 600 000 Kubikmeter ein; würde man sie in gleichmäßiger Dicke über das ganze Einzugsgebiet des Flusses (12 340 Quadratkilometer) ausbreiten, so ergäbe sich eine Schicht von 1 Zwanzigstel Millimeter Mächtigkeit. Wenn also der Neckar sein ganzes Flußgebiet gleichmäßig erniedrigen würde, so würde es in einem Jahr 1 Zwanzigstel Millimeter, in 20 Jahren 1 Millimeter, in 2000 Jahren eine Schicht von 1 Meter Mächtigkeit abtragen. Infolgedessen würde er zur Abtragung von 100 Metern nicht weniger als 2 Millionen Jahre brauchen. Nun haben die Geologen nachgewiesen, daß das ganze schwäbische Stufenland zwischen Odenwald und Alb ehemals noch von einer Gesteinsdecke von mehreren hundert Metern Mächtigkeit bedeckt war. Seit der Zeit, da die Vulkane dort noch tätig waren, das heißt seit dem Obermiozän oder dem Ende der Tertiärzeit, sind also ungefähr 4 bis 6 Millionen Jahre verflossen.

Wie wirkt das Alkoholverbot in Amerika? Nach einem Bericht der alkoholgegnerischen Vereine Leipzigs wirkt sich das Alkoholverbot in Amerika wie folgt aus: „Ich kann nur sagen, daß ich dort gelegentlich einer Studienreise zur Beobachtung dieses „Krebsschadens" auch nicht das geringste von seinen Folgen gemerkt habe, daß ich in vielen Wochen trotz aufmerksamen Suchens bei Tag und Nacht, in großen und kleinen Städten, am Wahltag oder Festtagen nicht einen einzigen Menschen finden konnte, der auch nur irgendwo unter der Wirkung des Alkohols gestanden habe, sei es angetrunken oder gar betrunken gewesen sei! Nirgends war eine Kneipe oder ein Alkoholausschank in irgendeiner Form zu finden . . . Der Alkoholgenuß ist unter der Wirkung des Verbotsgesetzes gewiß noch nicht vollständig aus Amerika verbannt worden. Wie sollte das in so kurzer Zeit möglich sein? Wie sollte es sich überhaupt ermöglichen lassen, **solange in Europa und andern Teilen der Welt eine starke und mächtige Alkoholindustrie besteht,** die jede Gelegenheit benutzt, das Gesetz zu mißachten und zu übertreten? Trotzdem aber lassen sich die Erfolge des Verbotsgesetzes nicht wegleugnen. Nach den Erhebungen des Gesundheitsamtes der Stadt Neuyork war die allgemeine Sterblichkeit in dieser Stadt im Jahre 1920 10,7 Proz. weniger als in den letzten vier Jahren vor dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg, Sterbefälle an Lungentuberkulose zur selben Zeit 34 Prozent weniger. Die Geschlechtskrankheiten sind um 14 Prozent zurückgegangen, in Boston um 28, in Massachusetts um 23 Proz. Bemerkenswert ist die Abnahme der Sterblichkeit in den Jahren 1912 bis 1917, nach den Berichten der Gesundheitsämter. Zur Feststellung der Wirkungen des Alkoholverbots auf die allgemeine Sittlichkeit seien nur folgende Zahlen angegeben. Die Statistik betr. Bestrafung mit Arbeitshaus in der Strafanstalt Suffolk, Boston, zeigt eine Durchschnittszahl von 6339 Strafällen in jedem der letzten sieben Jahre vor dem Verbot und 1923, in den beiden letzten Verbotsjahren, demnach eine Abnahme von 83 Prozent. Die Zahl der wegen Trunkenheit bestraften Arbeitshäusler sank um 88 Prozent, von 4281 auf 508, in den gleichen Zeiträumen. Die 12 161 Verhaftungen im Staate Boston waren die wenigsten im ganzen Jahrzehnt. Durchschnittlich betrug die Zahl der Verbrechen vor dem Verbot jährlich 90 679, im Gegensatz dazu jährlich 65 789 in der Verbotszeit, somit eine Abnahme von 27 Prozent. Die Zahl der wegen Trunkenheit Verhafteten im ganzen Staate ist um 55 Prozent gefallen . . . Das große Washingtonian-Home eine Trinkerheilstätte in Chigao, das im Jahre 1917 noch 995 Aufnahmen hatte, konnte am 1. März 1920 seine Pforten schließen, um für andere Zwecke nutzbar gemacht zu werden."